

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Bräunungs- und Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelbte Kolonne, je Zeile und deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Brotteuerung.

Noch lastet die Wirtschaftskrise schwer auf der deutschen Arbeiterklasse. Nur einem Teil der Arbeitslosen hat die günstige Witterung die langersehnte Beschäftigung verschafft, ein anderer Teil sieht sich infolge der Produktionsbeschränkung noch immer zur Arbeitslosigkeit verdammt. Trotzdem sollen der Arbeiterschaft durch die Finanzreformprojekte der bürgerlichen Parteien neue Steuerbelastungen aufgebürdet werden. Und nicht nur von dieser Seite droht ihr eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage; schwerer noch trifft sie die stetige Steigerung der Lebensmittelpreise, vor allem der Getreidepreise.

Als der Kampf um den Zolltarif des Jahres 1902 tobte, erklärten die Junker pathetisch: Die Versorgung des Inlandes mit Brotgetreide muß vom Auslandsmarkt unabhängig gemacht werden!

Die Zölle wurden erhöht und die Preise stiegen zu schwindelnder Höhe hinauf. Es kostete z. B. im 4. Quartal die Tonne Roggen in Berlin:

1901	1903	1905	1906	1907
Mark 138,8	180,5	166,3	161,6	209,7

Im Jahre 1908 ging der Roggenpreis wieder zurück bis auf 171,3 M. im 4. Quartal. Aber im laufenden Jahre setzte eine neue Steigerung ein, die uns wieder auf die exorbitante Höhe des Jahres 1907 hinauf brachte. In den letzten Tagen notierte Juli-Roggen an der Berliner Börse 195—197 M.

Noch ungünstigere Entwicklung für den Konsum zeigen die Weizenpreise. Der Preis pro Tonne betrug im vierten Quartal:

1901	1903	1905	1906	1907
163,5	159,7	178,9	179,3	224,3 Mark

Auch für Weizen brachte das Jahr 1908 eine Abwärtsbewegung; der Preis sank im vierten Quartal auf 206,8 M. Aber noch energischer als bei Roggen erfolgte in diesem Jahre die Preissteigerung für Weizen. Am 28. Mai notierte Mai-Weizen an der Berliner Börse 270,75 bis 271 M.

Nun kann man einwenden, daß auch im Auslande die Preise gestiegen seien. Ganz abgesehen aber davon, daß die Preise bei uns viel höher sind als an allen Auslandsplätzen, Deutschland also die höchsten Getreidepreise hat, widerspricht der Einwand auch der agrarischen Versicherung: Die höheren Zölle sollten nur dazu dienen, Deutschland in seiner Getreideversorgung unabhängig zu machen. Tatsächlich hat sich durch den Zolltarif nur das Junferntum vom Auslande unabhängig gemacht, da es jetzt die Preise willkürlich gestalten kann. Wie sehr sie das vermögen, zeigt die nachstehende Tabelle, die die Ernterträge Deutschlands pro Kopf der Bevölkerung und die Getreidepreise nach Angabe des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich enthält.

	Roggen		Weizen	
	Ernte pro Kopf der Bevölkerung	Preis per Tonne ¹⁾	Ernte pro Kopf der Bevölkerung	Preis per Tonne ¹⁾
1893	176	123,4	67	146,2
1894	162	110,4	65	132,0
1895	148	118,2	61	142,1
1896	162	111,8	65	152,8
1897	152	119,3	61	165,1
1898	166	146,3	66	185,5
1899	157	146,0	60	155,3
1900	152	142,6	68	151,1
1901	143	140,7	44	163,8
1902	164	144,2	67	163,1
1903	169	132,3	66	161,1
1904	169	135,1	64	174,4
1905	159	151,9	61	174,8
1906	157	160,6	64	179,6
1907	157	193,2	56	206,3
1908	173	181,3 ²⁾	59	210,4 ²⁾
Mai 1909	—	197,0	—	270

Bis zum Jahre 1907 läßt sich eine gewisse Paralleltendenz zwischen den Erntergebnissen und den Preisen konstatieren. Guten Ernten folgen im nächsten Jahre niedrige Preise. So z. B. der größten Roggenernte 1893 im nächsten Jahre der niedrigste Preis. Im Jahre 1907 wird die Bewegungslinie jedoch vollständig gestört. In diesem Jahre erzielte Deutschland die gleiche Ernte wie im Jahre vorher, aber der Preis sprang um fast 33 M. hinauf. Die neuen Handelsverträge waren wirksam geworden. Das Jahr 1908 brachte uns eine Ernte, die, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, nahe an die des Jahres 1893 heranreichte und die des Vorjahres um 10 Proz. übertrug, aber der Preis sank nur um 4,6 Proz. und hielt sich um fast 60 M. über dem des Jahres 1893. Und dann setzte die neue Steigerung ein, die noch über den Notstandspreis von 1907 hinaustrief.

Ähnlich war die Preisgestaltung für Weizen. Der guten Ernte des Jahres 1893 folgte 1894 der niedrigste Preis. Dann ging bei wechselnden Ernten der Preis seit 1900 stetig hinauf. Den größten Sprung aber machte die Steigerung nach dem Wirtstumsverfall der neuen Zölle; von 1906 auf

1907 stieg der Preis um 27 M. Schon ist das Niveau von 1894 um 74 M. überholt; doch immer noch stiegen die Preise. 1908 wird der Durchschnittspreis von 210,4 M. erreicht, und nun sind wir auf der Schwindel erregenden Höhe von 270 M. angelangt. Damit ist der Preis von 1894 um mehr als 100 Proz. übertroffen.

Mit den höheren Zöllen allein hätten die Brotwucherer den Käusern solche Preissteigerungen nicht aufzwingen können. Sie wollten in der Preistreiberi nicht behindert sein, darum schufen sie sich neben den Zollerhöhungen aus dem System der Einfuhrzölle ein solches der Ausfuhrprämie. Damit gute Ernten in Deutschland die Preise nicht herabdrücken können, werden große Mengen Getreide ins Ausland geschafft. Natürlich zu niedrigen Preisen. Doch die Junker erleiden dabei keine Einbuße; die Kosten trägt der deutsche Konsument. Für jede Tonne Weizen, die ins Ausland geht, zahlt die Reichskasse dem Exporteur 55 M. und für jede Tonne Roggen 50 M. Zollrückvergütung in Form eines Einfuhrzölles, ohne daß ein Eingangszoll erlegt worden wäre.

In der Zeit vom August 1907 bis 30. April 1908 wies unser Außenhandel noch eine Reineinfuhr von 118 582 Tonnen Roggen und 1 595 661 Tonnen Weizen auf; für die gleiche Periode 1908/09 war bei Roggen an die Stelle des Einfuhrüberschusses bereits ein Ausfuhrüberschuß von 579 978 Tonnen getreten, und das Einfuhrmehr bei Weizen hatte sich auf 1 070 908 Tonnen vermindert. Die Inlandsversorgung für Brotgetreide war demnach für dreiviertel Jahr um fast 1 1/2 Millionen Tonnen zurückgegangen.

So verstehen die Junker die Unabhängigmachung vom Auslandsmarkt.

Die von Einerseits und Andererseits.

Zu Heilbronn tagt seit Mittwoch der Evangelisch-Soziale Kongress, jene bunte Vereinigung von bürgerlichen Philantropen, Ethikern, mehr oder minder entschiedenen Sozialreformern usw., unter denen namentlich die Geistlichen stark vertreten sind. Alljährlich versammeln sie sich und begleiten die heißen sozialen Kämpfe mit salbungsvollen Reden, die am Verlaufe der Dinge nichts ändern. In ihrer Einbildung erscheinen sie sich als eine unparteiische Instanz über den Kämpfen der Massen und ihrer vermeintlichen Aufgabe werden sie durch ein Schwanzen zwischen Einerseits und Andererseits gerecht. Sie predigen den Unternehmern und den Arbeitern. Und wenn sie gepredigt und geredet haben, so fassen sie — keinen Beschluß.

Eröffnet wurde die Heilbronner Tagung mit einer Begrüßungsrede des Theologieprofessors Harnack, aus der eine Stelle hervorgehoben zu werden verdient. Herr Harnack sprach auch über den Entwurf der Reichsversicherungsordnung und fand des Lobes für die deutsche Arbeiterversicherung weder Maß noch Ziel. Verfügt rief er aus: „Wie man auch über Einzelnes in ihm urteilen mag — als Ganzes ist dieser Entwurf eine Leistung unseres Volkes und seiner sozialen Führer, wie sie noch keine andere Nation und keine Epoche der Weltgeschichte je gesehen hat, ausgezeichnet durch alle Tugenden der Billigkeit, des Rechts, der Humanität, des Opfersinns, der Umsicht und der Weisheit...“ — Das so vielerlei „Einzelnes“ in diesem Entwurf sieht, was eine Verschlechterung des Rechts der Arbeiterschaft bedeutet, darunter vor allem die Vernichtung der Krankenkassen-Selbstverwaltung, das sieht den im Allgemeinen schwärmenden Herrn Professor nicht an. Obgleich er sonst dem Werte nicht ohne Kritik gegenübersteht. Doch die wendet sich nach einer anderen Richtung. Herr Harnack fürchtet nämlich, die Arbeiterversicherung könne der Trägheit Vorwand leisten, die Selbständigkeit niederhalten und die freie Entwicklung der Persönlichkeiten hindern. Deshalb er, um das „richtige soziale Gleichgewicht“ zu schaffen, die Stärkung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit des Einzelnen empfehle. Wozu der Anschlag auf die Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in den Krankenkassen eine nichttönige Begleitung pflegt.

Nach Harnack hielt der ehemalige Staatssekretär für Sozialpolitik, Graf Posadowski, eine Vuhpredigt über ein Thema, das er schon, da er noch auf dem Sessel des Reichsamts des Innern saß, im Reichstag gelegentlich angeklungen hat, über Sparsamkeit und Sparsamkeit. Er begann mit einer unumwundenen Erklärung, daß die Sozialreform fortgesetzt werden müsse, was an und für sich ganz verständig ist, leider aber die Tatsache nicht aus der Welt schafft, daß Graf Posadowski unter Sozialreform im wesentlichen ein System bürokratisch-polizeilicher Unterstützungsaustellung versteht, wobei der Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft möglichst enge Grenzen gezogen werden müssen. Ist doch die Reichsversicherungsordnung mit ihren Anschlägen auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen sein Vermächtnis. In der Verhandlung seines eigentlichen Themas kam Graf Posadowski über Allgemeinplätze kaum hinaus. Doch enthält die Rede einige ganz gute Stellen, wo der Redner mehr ins Konkrete geht. So sagte er mit dem deutlichsten Hinweis auf die Steuerbrüdergerei der Junker bei der Finanzreform: „... Eine Aristokratie, die berufen wäre, das Volk zu führen, müßte dies beweisen in höherem Pflichtgefühl und auherordentlicher Opferwilligkeit. Eine falsche Sparsamkeit kann in einem Augenblick den Anspruch auf Führung des Volkes für immer verkümmern...“ (Große Bewegung.)

Wozu nur zu bemerken ist, daß die Junker den Anspruch auf Führung des Volkes gar nicht erst zu verschärfen brauchen.

Am Nachmittag unterhielt sich die Versammlung, die beläufig von 2000 Personen besucht ist, über „Geistige Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung“. Der erste Referent

Die Schneemelcher will den christlichen Arbeitern nicht verwehren, den freien Gewerkschaften beizutreten, steht aber mehr auf der Seite jener, die christlichen Gewerkschaften angehörend. Dagegen neigt Pfarrer Traube, der zweite Referent, mehr nach der anderen Seite — er hofft, daß die politischen Gründe, die heute noch vielen den Eintritt in die freien Gewerkschaften verbieten, bald fallen mögen. Sein Vorredner hatte erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung unsere Erwartungen insofern getäuscht hat, als sie die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie nicht gubindert und sich in keinen Gegensatz zu ihr gestellt hat. (1) Die Diskussion wurde zu einer Auseinandersetzung über — die Sozialdemokratie. Lithograph Tischendörfer wendete sich heftig gegen seine unglückliche Liebe — die freien Gewerkschaften, und in dieselbe Kerbe hieb Graf Posadowski, der eine gesinnungstüchtige Antisozialistenrede hielt. „Gegen die Sozialdemokratie müssen wir unter allen Umständen kämpfen, da sie der Monarchie und dem bestehenden Staate feindlich gegenübertritt...“ Das war das wesentliche seiner Ausführungen. Er fand lebhaften Beifall und Widerspruch. Zwei Redner warnten vor einseitiger Stellungnahme gegen die freien Gewerkschaften, so der Arbeiterssekretär Fischer-Neutlingen, der auf eine allmähliche innere Umwandlung der Sozialdemokratie durch die Gewerkschaften hofft. Zum Schluß erklärte der Vorsitzende Harnack, daß man von einer Resolution Abstand nehme und es jedem überlasse, sich auf Grund der Aussprache sein Urteil zu bilden. Die weiteren Verhandlungen wurden dann auf Donnerstag vertagt.

Krise und Wahlreform in Ungarn.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Entwirrung der ungarischen Krise will nicht vom Flecke rücken. Der ungarische Ministerpräsident war wieder einmal in Wien und hatte einen funkelnelneuen Entwurfsplan mitgebracht. Der neue der vielen Pläne zur „Entwirrung“ dieser Krise, die so seltsam ist wie das ganze Verhältnis zwischen der Krone und dem ungarischen Reichstag, ging dahin, dieses Verhältnis auf einen weit längeren Zeitraum als bisher zu regeln. Während jetzt alle zehn Jahre ein „Ausgleich“ ist, soll danach das Verhältnis der beiden Staaten für zwanzig, ja dreißig Jahre in Ordnung gebracht werden. Allerdings in eine merkwürdige Ordnung; sie soll nämlich darin bestehen, daß Oesterreich und Ungarn, die heute trotz aller separatistischer Tendenzen noch immer ein geschlossenes Zollgebiet bilden, künftig durch eine Zwischenzolllinie getrennt werden. Nach außen, gegenüber dem Auslande, würde das einheitliche Zollgebiet zwar aufrecht bleiben, aber innerhalb dieses Handelsgebietes würde der Verkehr beider Staaten durch Zölle beschränkt werden. Für diese Forderung, die von Ungarn schon in den letzten Ausgleichsverhandlungen erhoben worden ist, wäre die längere Dauer des Handelsvertrages das Entgelt; aber dieser Ausgleich bestände nur darin, daß Oesterreich die Uebel, denen es vielleicht einmal in der Zukunft nicht entweichen können wird, schon jetzt freiwillig auf sich nimmt. Oesterreich käme dabei von der Trause in den Regen, denn diese Zwischenzolllinie würde es doppelt schädigen; einmal indem sie die Einfuhr von Lebensmittelprodukten aus Ungarn verteuert, zum zweiten, weil sie die Ausfuhr von Industrieprodukten aus Oesterreich nach Ungarn erschwert. Die anderen Forderungen in jenem famosen Entwurfsplan sind nicht minder merkwürdig. In der Vorfrage, die den Anstoß zu der gegenwärtigen Krise gegeben, wünschen die magyarischen Herren, die ungarische Staatlichkeit in dem Organismus der Bank, in dem schon heute die Parität mit der peinlichsten Genauigkeit durchgeführt ist, schärfer ausgedrückt zu erhalten; nebstdem soll sich Oesterreich auch verpflichten, mit dem neuen Uebereinkommen über die Bank die Aufnahme der Barzahlungen zu verbinden. Dergestalt sind diese Barzahlungen, die erst die Goldwährung effektiv machen würden, suspendiert; die Bank ist nicht gehalten, die Noten, die sie ausgibt, in klingender Münze einzulösen, so daß der Anweisung auf den Goldschatz der Bank, als welche die Noten eigentlich gelten wollen, die letzte Befähigung fehlt. Doch ist es ausgeschlossen, daß sich Oesterreich auf das Experiment dieser Barzahlungen, die die Ordnung seiner Valuta so leicht erschüttern könnten und die Ungarn wesentlich zu dem Zwecke antreibt, um die Trennung der Bank leichter wagen zu können, einlassen könnte. Im nachgiebigsten wäre die ungarische Koalition bei den militärischen Forderungen — wohl deshalb, weil sie hier den Widerstand der Krone für unbesieglich hält. Aber die Koalition hat gar nicht erst die Gelegenheit erhalten, ihre Nachgiebigkeit zu beweisen; der Entwurfsplan scheiterte an dem Widerstande der Krone.

Ueberraupt kann es schwerer dahin kommen, daß die ungarische Krise in einen regelrechten Konflikt zwischen Krone und Reichstag ausläuft. Diese Krise ist im Wesen nichts anderes als das Bedürfnis der Koalition, die fühlt, daß sie sich in der Anerkennung der dualistischen Notwendigkeiten verblutet, irgendwelche staatsrechtliche Konzessionen zu erlangen, wenn sie ihren Sinn vor dem Lande nicht gänzlich einbüßen soll. Die Konzessionen könnten sein was immer; aber irgend einen Fortschritt in dem fagenhaften Ausbau des ungarischen Staates müßten sie vorstellen können. Dagegen wird die Krone immer unnachgiebiger; und wenn es nach dem Wunsche

¹⁾ Bis 1898 nach Danziger, von 1898 nach Berliner Notiz.

²⁾ Durchschnitt April—Dezember.

ber um den Thronfolger gescherten Leute und Parteien ginge, so würde die Krone den Konflikt geradezu probieren, in welchem man den ungarischen „Rebellen“ die entscheidende Niederlage beizubringen hofft. Daß die Stellung der Krone heute eine vom Grund aus andere ist als in dem Konflikt vor vier Jahren, ist nicht zu verkennen. Denn die tüchtigste Art, mit welcher die Koalition die Notwendigkeit der Wahlreform befand, hat sie um alle Sympathien gebracht, und die Begeisterung für den nationalen Widerstand ist heute im Lande so gering, daß die Deposition der Parlamentsmehrheit, etwa durch Einsetzung eines Beamtenministeriums, alle Welt sehr kühl lassen würde. Auch sind die führenden Männer, die Kossuth, Apponyi und alle, die einst so heftig zum Kampfe riefen, nun vernümt und verbrannt und die große Verführung, die einst von ihnen ausging, erloschen und erblichen. Das erklärt auch die eigentümliche Haltung, die sich die Krone gegenüber dieser schon Monate währenden Krise zugelegt hat, und die man nicht anders wie als passive Resistenz bezeichnen kann. In der Hofburg wartet man einfach, bis die Koalitionsherrn müde werden, und hofft sie müde zu machen, indem man das Gespenst des antiparlamentarischen Regierens vor ihnen aufsteigen läßt.

Nur eben, daß die Krone ebenso ein falsches Spiel spielt, wie die Koalitionsregierung selbst. Die Verbesserung ihrer Stellung dankt die Krone vornehmlich der Lat Fejervarys und Kristofss, die die Kraft des Reichstages, der Pseudoretung der Nation, mit dem Programm des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes an der Wurzel traf. Nun sollte und könnte die Krone dieses Programm auch erfüllen, aber da zeigt sich wieder Habsburgs Art: „Auf halben Wegen und zu halber Lat, mit halben Mitteln zauderhaft zu streben.“ Die Wahlreform ist der Hofburg gut genug, um die feudale Oligarchie, die heute in Ungarn schrankenlos herrscht, mit ihr zu scharren, aber sie mit redlichem Sinn und männlicher Entschlossenheit durchzuführen, dazu fehlt der bereite Wille. Aber die Wahlreform ist das Zeichen, in dem heute in Ungarn gesiegt wird, und wer sich ihr ergibt, die Krone oder die Reichstagsmehrheit, wird den Erfolg an seine Fahne heften.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni 1909.

Der Triumph der Merkmal-konservativen Koalition.

Die nationalliberale Presse hat sich bis in die letzten Tage an die trügerische Hoffnung geklammert, Bülow werde es sükte ablehnen, die Finanzreform aus den Händen der „nationalen“ Merkmal-konservativ-polnischen Koalition entgegenzunehmen, und die Konservativen zwingen, sich wieder mit den Liberalen zu paaren. Diese schönen Illusionen erfahren durch eine der Wiener „Neuen Fr. Presse“ von ihrem Berliner Korrespondenten zugegangenen Meldung eine arge Enttäuschung, denn nach dieser Meldung hat eine „dem Fürsten Bülow nahestehende Seite“ geäußert, der Reichstagsrat würde es nach wie vor für außerordentlich beklagenswert halten, wenn die Finanzreform ohne oder gar gegen die liberalen Parteien zustande käme. Ganz abgesehen von den, für seine Person etwa daraus zu ziehenden Konsequenzen, würde als unmittelbare Folge solcher Abstimmung die Ausschaltung des Liberalismus aus der Gesetzgebung für absehbare Zeit sich ergeben. Insbesondere hätten die Nationalliberalen zur Genüge die Erfahrung gemacht, daß die Abhängigkeit von radikaleren Richtungen allemal ihre Reihen stark geschwächt und die Aktionskraft der Partei wesentlich herabgemindert hätte. Die Vorgänge in der Kommission erschienen dem Reichstagsrat gewiß nicht erfreulich. Es wäre aber von vornherein klar, daß die Entscheidung allein im Plenum zu fallen haben werde. Sofern die Liberalen bereit seien, 380 Millionen Mark im Wege indirekter Steuern aufzubringen, würden (daran sei nicht zu zweifeln) auch die Konservativen die Regierung bei der Erbschaftsteuer nicht im Stich lassen, zumal sich diese Partei der Schwäche ihrer Position wohl bewußt sei. Die Finanzreform müsse und werde verabschiedet werden, weil davon Deutschlands Zukunft abhängt. Geschehe dies durch die gegenwärtige oder eine andere Regierung in einer für Handel und Gewerbe schädlichen Form, so würden diejenigen vor dem Lande und der Geschichte die Schuld tragen, die sich in einer Schicksalsstunde von der Mitarbeit zurückgezogen und dadurch den verfeindlichen Parteien die Wahn freigemacht hätten.

Die Meldung enthält die offene Ankündigung des Fürsten Bülow, daß er, wenn keine Einigung zwischen Liberalen und Konservativen erfolgt, bereit ist, sich unter das „laubdünne Joch“ des Zentrums zu beugen und mit der Merkmal-konservativ-polnischen Koalition das große „nationale“ Reformwerk zum Wohle des geliebten deutschen Vaterlandes durchzuführen, wenn es durchaus von der konservativen Partei und dem Zentrum verlangt wird, sogar in „einer für Handel und Gewerbe schädlichen Form“, das heißt unter Akzeptation von Gesetzen, die das Börsen- und Bankkapital bedrohen.

Dieser ist freilich dem Kanzler, die Nationalliberalen — die Freisinnigen scheint er gar nicht mehr auf Rechnung zu haben — schließen sich der Merkmal-konservativen Koalition an und machen die steuerpolitische Exzursion mit, erstens, weil dann die Mehrheit eine kompaktere wird, zweitens, weil allzu einseitige Interessenansprüche der Agrarier dann leichter durch den Einfluß der Nationalliberalen gegügelt werden können, und drittens, weil hinter den Nationalliberalen doch immerhin noch bedeutende Teile der Großindustrie und Großfinanz stehen, die sich nicht gut ohne weiteres ausschalten lassen.

Deshalb die Mahnung an die Nationalliberalen, sich nicht von der radikaleren Richtung, das heißt den Freisinnigen, abhängig zu machen und dadurch ihre „Aktionskraft“ als Partei zu vermindern; deshalb auch die offene Drohung mit der Schwächung von Handel und Gewerbe. Die Nationalliberalen sollen sich bereit finden lassen, in die neue Koalition einzuschwenken und wieder mit dem Zentrum die „nationalen“ Aufgaben durchzuführen; der Freisinn aber wird als wertlose abgemessene Ware auf den Rehrichthausen geworfen.

So endet der Kampf um die großen „nationalen“ Kulturminister des deutschen Volkes“, der am 13. Dezember 1908 unter gewaltigen Lauten mit der Reichstagsauflösung begonnen hat. Das Zentrum steigt wieder zur Regierungspartei empor, und Bülow vegetiert fort — bis er vom Zentrum selbst den längst verdienten Genickstoß empfängt.

Sydow als Unterhändler.

Es wird wieder im Reichshofamt konfiziert. Herr Sydow hat eine Reihe Interessenten und Sachverständige aus allen Teilen des Deutschen Reiches zu Besprechungen über die neuen Steuervorschläge eingeladen. Die erste dieser Besprechungen findet am Donnerstag statt und zwar handelt es sich dabei um die Parfümeriesteuer. Im

Raue dieser Woche dürften die Konferenzen abgeschlossen sein und es steht dann vielleicht eine offizielle Erklärung des Reichshofamtes zu den neuen Steuervorschlägen zu erwarten.

Die württembergische Regierung und die Erbschaftsteuer.

Die württembergische Regierung hat die am Mittwoch in Heilbronn erfolgte Eröffnung des evangelisch-sozialen Kongresses benützt, um erneut eine Erklärung für die Erbschaftsteuer abzugeben. Minister v. Bischof begrüßte namens der Regierung den Kongress und führte in seiner Ansprache aus: Obwohl Steuerfragen nicht auf der Tagesordnung ständen, glaube er doch betonen zu müssen, daß man auch die brennendste Frage der inneren Politik des Deutschen Reiches, die Finanzfrage, nicht unter Außerachtlassung sozialer Gesichtspunkte lösen könne. Auf diesem Standpunkt habe die württembergische Regierung seit jeder gestanden, und sie sei deshalb stets für eine Nachlaß- oder Erbschaftsteuer auch unter Heranziehung der direkten Besiedelten eingetreten, nicht nur weil ihr Ertrag eine finanzielle Notwendigkeit sei, sondern vor allem aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit.

Die Erklärung wurde von dem sehr stark besuchten Kongresse mit großem Beifall aufgenommen.

Das Zentrum als Volkspartei.

Die „Kölnische Volkszeitung“ fordert die Regierung, wenn sie nicht die Vorschläge des konservativ-ultramontan-polnischen Blokes annehmen wolle, auf den Reichstag aufzulösen, die Stellungnahme werde dann sehr einfach und wirkungsvoll sein. Das Blatt gibt folgende Wahlparole aus:

Die die breiten Massen des deutschen Volkes, der schwer belasteten Gewerbe, Bauern- und Arbeiterstand — die Regierungen, Liberalismus und mobiles Großkapital!

Das Zentrum, das bereit ist, 400 Millionen indirekter, den Massenkonsum belastenden Steuern zu bewilligen, spielt sich als den Freund der Arbeiterklasse auf! Und dabei hat es die Erbschaftsteuer, die sogar von zentrumstreuen Arbeitern als notwendig gefordert wurde, den Agrariern zu Liebe, aus der Finanzreform ausgemergelt. Leider besteht immer noch die Aussicht, daß zahlreiche Arbeiter und kleine Leute auf den Zentrumschwinkel hineinfallen.

Die Börse und die Wertpapiersteuer.

Börse und Bankfinanz machen mobil gegen die von der Rumpfkommision beantragten Wertpapiersteuern. Am Mittwoch waren in Berlin Vertreter der Handelskammern aus etwa 20 der größten deutschen Städte versammelt. Außerdem waren so ziemlich alle Größen der Berliner Finanzwelt anwesend. Die preussische Regierung hatte den Unterstaatssekretär Dr. Richter und den Geheimrat Dr. Köppler zu den Verhandlungen entsandt. Der Vorsitzende, Generalkonsul Franz v. Mendelssohn, wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß man sich in Vorkerkreisen der Hoffnung hingeben dürfe, in ruhiger Arbeit die Schäden heilen zu können, die eine verkehrte Vorkriegslegung der deutschen Volkswirtschaft zugefügt hätte. Diese Hoffnung habe getäuscht. Wenn die Beschlüsse der Finanzkommission Gesetz werden sollten, dann sei zu befürchten, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches lahmgelegt werde. Der Protest gelte in erster Linie der Notierungsteuer, von der in gleicher Weise Handel und Industrie betroffen würden.

Scheitern Kommerzrat Wilhelm Skoepke erstattete sodann das Referat über die Notierungsteuer, die er als völlig unannehmbar bezeichnete.

Steuerprotest der Parfümfabrikanten.

Gestern trat in Berlin eine Versammlung der deutschen Parfümfabrikanten zusammen, die sich mit der von der Kommission angenommenen Besteuerung der Erzeugnisse dieser Industrie befaßte. Es wurde behauptet, daß durch den niedrigen Zoll auf solche Artikel, sobald die Steuer eingeführt werde, Deutschland mit ausländischen Erzeugnissen überflutet würde. Es sei auch nicht richtig, daß die großen Parfümfabrikanten mit der Steuer einverstanden seien; sie hätten vielmehr im Gegenteil den wirtschaftlichen Ruin genau so zu erwarten, wie die kleinen Fabrikanten. Um den Protest und den Kampf gegen diese Steuer wirksamer zu gestalten, wurde beschlossen, mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, mit den Handelskammern, den kaufmännischen Vereinen sowie mit Apothekern, Drogerien und Friseurern in Verbindung zu treten.

Wie das Zentrum für die Aufklärung seiner Wähler sorgt.

Die Vorkommisse bei den Nachwahlen in einigen bombastischeren Wahlkreisen des Zentrums (Düren-Jülich, Lüdinghausen-Warendorf-Verden, Adenau-Lochem-Bell) haben Anlaß zu Frechheiten gegeben, die erkennen lassen, daß das Zentrum, so lange es seiner Wähler sicher ist, keinen Finger zu ihrer politischen Schulung und Aufklärung rührt, daß es dieser Pflicht erst gedenkt, wenn der Feind naht. So veröffentlicht jetzt die „Kölnische Volkszeitung“ eine Aufschrift aus Adenau-Lochem-Bell, worin es heißt, daß es an der Wofel nicht anders zugehe als in Westfalen:

„Wohl besteht eine Organisation, jedoch nur auf dem Papiere. Eine lebendige, dauernde Organisation gibt es hier nicht. Geschult sind die Leute meist gar nicht. Wahlversammlungen werden in den einzelnen Ort nur gehalten, wenn die Zeit der Wahl naht, aber höchstens eine Versammlung. Ich kenne eine ganze Reihe von größeren Orten, in denen überhaupt keine Wahlversammlung stattfand. Auch der so bringend notwendige Volksverein fehlt in vielen Orten. Daher auch die Erbschneidung, daß in einigen Wofeldörfern kaum 30 Proz. gewählt haben. ... Was im hiesigen Wahlkreis fehlt, ist eine lebendige Organisation. Der brave-Leutestandpunkt ist heute überunden. Auch die braven Leute machen mitunter kräftige Opposition, wie die Wahl von 1903 zeigt, trotz eines ungeeigneten Gegenkandidaten. Deshalb mehr lebendige Organisation, mehrere Versammlungen alljährlich, mehr Arbeit, aber diese scheuen viele, die in den Vorständen der Wahlkreiskomitees sitzen.“

Agitation für ein Parteiblatt am Kontrollversammlungsstage.

Nachdem bereits in einem Termin wegen Verladung weiterer Zeugen auf Verlegung erkannt werden mußte, trat das Kriegsgericht der 20. Division in Hannover dieser Tage als Berufungsinstanz erneut in die Verhandlung gegen den Pionier der Reserve, Dacheider Heinrich Brenneke, zu Oberholzen, Kreis Gronau. Er, welcher am 7. November v. J. in Sibbesse eine Kontrollversammlung mitgemacht und nach dieser verurteilt hatte, unter den Kontrollversammlungssteuermännern Abonnenten für den „Volkswille“ zu werben, wurde am 7. April d. J. vom Standgericht beim Regimentskommando in Hildesheim auf Grund eines in der Kontrollversammlung verlesenen Korpsbefehls, der den Kontrollversammlungssteuermännern für den Tag der Kontrollversammlung jede „Kundgebung sozialdemokratischer oder revolutionärer Bestimmung“ untersagt, wegen Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen zu 4 Wochen mittleren Arrestes verurteilt.

Die von Dr. gegen dieses Urteil erhobene Berufung führte zu seiner nochmaligen Verurteilung. Das Kriegsgericht hob aber das eskapistische Urteil wegen des Strafmaßes auf und ermäßigte die Strafe 14 Tage mittleren Arrestes unter besondrer Berücksichtigung der „vorzüglichen Führung“ des Angeklagten während dessen Dienstzeit. In den Gründen wurde ausgeführt, daß die Rechtsmäßigkeit der Befehlsbefugnis, wie sie in dem herangezogenen Korpsbefehl zum Ausdruck komme, außer Frage stehe.

Ebenso hätte konstatiert werden müssen, daß es sich um eine sozialdemokratische Kundgebung handle, die gegen die militärische Justiz und Ordnung verstoßen müßte, umsonst, als sie in unmittelbarem Anschluß an die Kontrollversammlungen erfolgte und außerdem gegen Teilnehmer dieses militärischen Aktes zugunsten eines sozialdemokratischen Blattes gerichtet wurde. Es sei aber bekannt, daß die sozialdemokratischen Zeitungen sich erheblich feindselig zu dem Militärwesen verhielten und versuchten, die militärische Autorität zu erschüttern. Schon in Kenntnis dieser Tatsache müßte es dem Angeklagten zum Bewußtsein gekommen sein, daß er durch seine Handlungsweise gegen einen dienstlichen Befehl handelte.

Aus der Verhandlung ist noch hervorzuheben, daß in der Beweisaufnahme auch die sozialdemokratische Bestimmung des Angeklagten und dessen Betätigung als Kassierer eines sozialdemokratischen Wahlvereins zum Gegenstand der Feststellung gemacht wurde.

Stecht ihn nieder, den Hund!

Also befohl zu Karlsruhe ein Leutnant einer Telegraphenabteilung seinen Untergebenen. Gemeint war mit dem „Hund“ ein Fuhrmann, der den Leutnant höflich gebeten hatte, er möge das Gefährt der Abteilung etwas bei Seite fahren lassen, damit er (der Fuhrmann) mit seinem Wagen vorbeifahren könne. Als der Leutnant ganz unmotiviert und unbedeutend das Freimachen des Weges verweigerte, der Privatigentum der den Fuhrmann beschäftigenden Abfuhrfirma ist, ließ der Fuhrmann seine Pferde anziehen, so daß sein Wagen den der Telegraphenabteilung streifte, ohne daß ihm irgend ein nennenswerter Schaden zugefügt worden wäre. In dem Augenblick, als der Leutnant sah, in dem Vorbeifahren und Streifen ein schweres Vergehen und forderte den Namen des Fuhrmanns. Der lehnte die Nennung ab mit der zutreffenden Bemerkung: „Sie sind für mich keine Polizei. Ihnen gebe ich meinen Namen nicht an!“ Jetzt rief der Leutnant, so „schneidig“ als er konnte, zu seinen Untergebenen: „Haltet die Pferde!“ und auf den Fuhrmann deutend: „Reißt ihn runter! Stecht ihn nieder, den Hund!“ In dem Gemenge, das nun entstand zwischen den Soldaten, die die Pferde des Abfuhrwagens festhalten wollten, und dem Fuhrmann, der sie zum Wegziehen antreiben wollte, zog der Leutnant seinen Säbel und hieb dem Fuhrmann damit über die rechte Hand, so daß der Mann am Mittelfinger eine Wunde bis auf den Knochen und an einem zweiten Finger eine leichtere Verletzung davontrug.

Nun gab's einen Kratwall, bei dem der Fuhrmann von seiner Peitsche ausgiebigen Gebrauch machte — es gelang ihm schließlich, mit seinem Wagen durchzukommen.

Was wird dem Leutnant geschehen, der sich unbedeutend als Vorgesetzter des Bürgers geriert und ihm, wenn dieser sich solchen Uebergriff nicht gefallen läßt, mit dem Säbel traktiert? Wahrscheinlich nichts! Denn der Offizier darf alles tun, was er zur „Wahrung seiner Ehre“ für notwendig hält und der Bürger und gar der Proletariat hat zu lachen!

Frankreich.

Die Gewerkschaft der Postbeamten.

Paris, 2. Juni. Die 27 Unterzeichner der Satzungen des Syndikats der Postbeamten sind von der Staatsanwaltschaft aufgefordert worden, innerhalb vierzehn Tagen ihre Unterschriften zurückzugeben, da die Erklärung des Syndikats ungesetzlich sei. Im Falle der Weigerung würde die strafrechtliche Verfolgung angeordnet werden.

Belgien.

Eine Wehrsystem-Debatte.

Brüssel, 2. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung interpellierte der Liberale Guymans die Regierung über die Frage der Wehrreform und wünschte zu wissen, was das Ministerium angesichts der Feststellung, daß der Effektivebestand im Frieden ein Manko von 6000 Mann, im Kriege ein Manko von 20 000 Mann aufweist, zu tun gedenke. Ministerpräsident Schollaert erklärte, daß er noch in dieser Session der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreiten werde. Ueber die Art der Reform könne er aber noch nichts sagen. Nachdem noch der Ritterkafle Boesse erklärt hatte, daß er keiner Reform, die das Wehrsystem aufhebe, zustimmen werde, wurde die Debatte geschlossen.

England.

Der britische Genossenschaftskongress.

London, 31. Mai. In Newcastle wurde heute der Jahreskongress der britischen Genossenschaften eröffnet. Er wurde von der Kooperativen Union organisiert, der 1500 Vereine mit 2516 194 Mitgliedern angehören. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß das Genossenschaftswesen Großbritanniens im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre nur geringe Fortschritte gemacht hat: es hatte unter dem allgemeinen Geschäftskontingente zu leiden. Der Gesamtumsatz belief sich auf rund 107,6 Millionen Pfd. Sterl. (gegen rund 106 Millionen im Jahre 1907), der Profit rund 11,7 Millionen (gegen rund 12 Millionen Pfd. Sterl. im Jahre 1907).

Die genossenschaftliche Produktion bildet einen wichtigen Zweig der Bewegung. Der Gesamtwert der von den Genossenschaften erzeugten Waren belief sich insgesamt auf rund 19 Millionen Pfund Sterling, nach Engrospreisen gerechnet. Es wurden hierbei 44 189 Arbeiter beschäftigt: 25 809 männliche, 12 212 weibliche, 6107 jugendliche. An Lohn (ausschließlich Bonus) erhielten sie 2 824 674 Pfund Sterling oder 1052 Mark pro Arbeitsperson.

Den Produktionsgenossenschaften ist auch der Ackerbau-Organisationsverein angeschlossen, zu dem 293 Ackerbau-Genossenschaften gehören. Die Ackerbauvereine zählen 15 000 Ackerbauer; ihr Jahresumsatz betrug 850 000 Pfund Sterling.

Newcastle, 1. Juni. Der hier tagende Genossenschaftskongress nahm heute nachmittags eine Resolution an, die sich auf neue schärflos zu den Grundfragen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und des Friedens bezieht, gegen den Satz von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Deutschland protestiert und die große deutsche Nation des guten Willens des englischen Volkes versichert; weiter wird erklärt, es sei jetzt die Zeit für den Abschluß eines englisch-deutschen Vertrages gekommen, der alle Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, dem Schiedshof im Haag überweist.

Rußland.

Ein neuer Kreuzung gegen Rußisch-Polen.

Man schreibt uns aus Warschau: Der russische Bismarck, Herr Stolypin, versucht seine Feinde zu beschwichtigen. Die Rechte nannte ihn unschuldigterweise einen Liberalen. Er will also zum Ueberflus nochmals beweisen, daß er nur ein Polizeibüffel ist.

Er beginnt den Weibid mit einem neuen Kreuzung gegen die Polen. Die erste Schlacht wurde in der ruhigen Stätte der Saganinvaliden, dem Reichrat, geschlagen. Neben den ernannten angelernten alten Erzlegionen sitzen dort als Paars die Vertreter des Geldsacks und der Junfer, darunter auch die polnischen. Da in Litauen die Großgrundbesitzer fast ausschließlich Polen sind, sind die nördlich-westlichen Gouvernements durch Polen vertreten. Sie betrachten sich zwar nicht als Vertreter Polens,

sondern betrieben eine erzreaktionäre „Versöhnungspolitik“ mit der russischen Krone; aber auch dies half ihnen nichts. Die echt russische Leute wollen es nicht leiden, daß die Vertretung eines Landes, das sie als rein russisch betrachten, obwohl dort das russische Element nur durch die Bureaucratie vertreten ist, aus polnisch sprechenden Junkern besteht. Sie fordern, daß die russische „Bevölkerung“ eine eigene Vertretung bekomme. Nach einer zusammenfassenden Rede Stolypins wurde der Antrag einer Kommission zugewiesen; seine Annahme ist sicher. Für die Interessen des polnischen Volkes ist zwar die Geschichte ziemlich belanglos, aber für die Richtung der Politik Stolypins doch sehr charakteristisch.

Der zweite Feldzug gegen die Polen soll in kurzer Zeit in der Duma geführt werden. Aus einigen polnischen Gouvernements soll ein Gouvernment (Polen) ausgeschnitten werden. In diesem Gouvernment würden 350 000 Polen aller Rechte beraubt werden, die sie in den polnischen Gouvernements selbst unter dem Regime Stolypins genießen; sie werden gänzlich der Russifikation in nationaler und religiöser Hinsicht preisgegeben sein.

Aber nicht durch solche Mittel sucht Stolypin die „Rechte“ zu verschönen. Um dies Ziel zu erreichen, gibt er dem Abschau der russischen Bureaucratie das unbegrenzte Recht zu stehlen. Wie in allen anderen größeren Diebesnestern sollte auch in Warschau eine Revision stattfinden. Aber der Selbstherrlicher Russisch-Polens, Skason, protestierte dagegen. Eine Aufdeckung selbst des kleinsten Teiles der Korruption würde die russische Verwaltung vor den Augen der polnischen Bevölkerung bloßstellen. Stolypin wich vor diesem Argument sofort zurück.

Während die Regierung einen neuen Kreuzzug gegen die Polen vorbereitet, berät in Petersburg der Vertreter der in Polen herrschenden Partei, Herr Dowski, mit den Panlawisten, den Schleppenträgern Stolypins, ein widerliches Treiben. Nur Gunde läßt die Hand, die sie schlägt.

Eine Polendebatte in der Duma.

Petersburg, 1. Juni. Der Beschluß der Duma-Kommission, die Verhinderung der Wahl der Reichsratsmitglieder der neuen Westgouvernements abzulehnen, bedeutet gleichzeitig die Ablehnung der entsprechenden Wahlrechtsänderung für den Reichsrat, da die Verhinderung des Termins der Neubahlen von der Regierung gefordert worden war, um Zeit zur Ausarbeitung des neuen antipolnischen Wahlgesetzes zu gewinnen.

Die heutige Plenarsitzung der Reichsduma brachte heftige Zusammenstöße der Russen und Polen bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Losrennung des Gholmgebietes vom Jarum-Polen. Nach einem scharfen Protest des Sozialisten Gegetschloti gegen den Entwurf erhob sich der Pole Jarzycinski namens des Polenklubs und führte aus, das Gesetz verlege die Grundlagen des Oktobermanifestes und sei nicht nur die Fortsetzung, sondern eine Verschärfung der alten Bergewaltigungspolitik gegen die Polen und Katholiken. Die Vertreter der Kadettenpartei und der Volksfreier erklärten sich lediglich wegen der Bestimmungen der Geschäftsordnung für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. In diesem Sinne wurde mit großer Majorität beschloffen.

Die Dabrowin-Interpellation.

Das erschütternde Beweismaterial, das die Opposition wegen der menschenmörderischen Tätigkeit der eckirussischen Bundesgenossen des Jaren der Kommission unterbreitet, zwang diese, die Interpellation fast einstimmig anzunehmen. In der Interpellation wird Aufforderung verlangt über folgende verbrecherische Taten, an welchen Personen teilnahmen, die zu gleicher Zeit Mitglieder des russischen Volksverbandes und Agenten der Regierung waren:

1. Die Organisation vom Kampfgenossenschaften, welche mit Wissen und Unterstützung der Lokalbehörden mit Waffen versehen wurden.
2. Die Vorbereitung von politischen Morden durch Mitglieder des russischen Volksverbandes, die in einigen Fällen zu gleicher Zeit Agenten der politischen Schutzabteilung waren.
3. Die Organisation der Ermordung des Mitgliedes der ersten Reichsduma Herzenstein.
4. Die Organisation der Ermordung des Mitgliedes der ersten Reichsduma Jollos.
5. Die Organisation des Mordversuches gegen den früheren Vorsitzenden des Ministerrats Grafen Witte.
6. Die Verbergung einer Reihe von Personen, welche an diesen verbrecherischen Taten teilgenommen hatten.

Abgesehen von diesen tatsächlichen Feststellungen betont die Kommission die Notwendigkeit, „volles Licht auf eine Reihe von Erscheinungen verbrecherischen Charakters zu werfen, welche die öffentliche Meinung im höchsten Grade beunruhigen und bis jetzt ohne autoritative Einmischung und energische Bekämpfung der Staatsgewalt geblieben sind, wenn man nicht die schwachen Versuche der simländischen Rechtsprechung in Betracht zieht“.

Man kann sich keine ärgere Brandmarkung der Politik des Jaren und der Regierung denken als diese Anklagechrift seitens der treuergebenen dritten Reichsduma.

Türkei.

Die arabische Unabhängigkeitsbewegung.

Konstantinopel, 2. Juni. Die gestrichelten Anhänger des alten Regimes, die eine lebhafteste Tätigkeit in Ägypten entfalten, sollen beabsichtigen, eine Bewegung zugunsten einer Unabhängigkeitserklärung Arabiens zu organisieren. Zuquib zufolge bereisen in ihrem Auftrage zahlreiche mit bedeutenden Geldmitteln versehene Agenten Syrien, Arabien und Jemen. Die Regierung trifft Gegenmaßnahmen.

Ginrichtungen in Adana.

Konstantinopel, 1. Juni. Nach Verteilung durch das Kriegsgericht in Adana sind neun Türken und sechs Armenier gehängt, sechs Türken sind zu lebenslänglichem Kerker verurteilt worden.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag

wird vom 12. bis 18. September in Leipzig tagen. Parteivorstand und Kontrollkommission haben die vorläufige Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Wollenbühr, A. Gerich.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Bericht der Kommission wegen Aenderung des Organisations-Statuts. Berichterstatter: Fr. Ebert.
5. Maljeier. Berichterstatter: H. Fischer.
6. Reichsversicherungsordnung:
 - a) Allgemeine und Krankenversicherung. Berichterstatter: G. Bauer.
 - b) Unfallversicherung. Berichterstatter: Robert Schmidt.
 - c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Berichterstatterin: Luise Bey.

7. Internationaler Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter:

- Paul Singer.
8. Sonstige Vorträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Ein Tendenzprozeß gegen „Appeal to Reason“.

Vor kurzem wurde ein Prozeß gegen den Herausgeber des „Appeal to Reason“, des in Kansas (Nordamerika) erscheinenden sozialistischen Wochenblattes, zu Ende geführt. Dieser Prozeß, der über zwei Jahre gedauert hat, erinnert sehr an die bekannte Affäre Moyer, Haywood, Pettibone. Der Herausgeber Genosse Warren war vor zwei Jahren unter Anklage gestellt worden, weil er im „Appeal“ eine Belohnung von 1000 Dollar für die Einführung des Exgouverneurs Taylor aus Indiana ausgesetzt hatte. Taylor, der an der Ermordung des Gouverneurs Goebel von Kentucky beteiligt war, hatte sich nach Indiana geflüchtet und befand sich dort auf freiem Fuße unter dem Schutze der Behörden, die sich verschiedentlich geweigert hatten, ihn an den Staat Kentucky auszuliefern. Warren bewies in seinem Platte, daß man seinerzeit gegen Moyer, Haywood und Pettibone im State Colorado ganz anders vorgegangen sei und zeigte, daß diese Arbeiterführer ohne einen Schatten von Recht aus Colorado entführt wurden. Gegen sie lag damals noch keine Anklage vor und sie unterstanden der Gerichtsbarkeit von Colorado. Man entführte sie aber gewaltiam nach Idaho, wo man Geschworene zu finden hoffte, die dem Wunsche der Grubenbarone nachkommen und die verhafteten Arbeiterführer verurteilen würden. War ihre Entführung geschicklich, so könne auch Taylor aus Indiana entführt werden. Die Anklage behauptet, daß Warren sich mit der Aussetzung der Belohnung einer öffentlichen Verleumdung und der Verleumdung von verleumderten Artikeln durch die Post schuldig gemacht habe. Eugen Debs weist im „Appeal to Reason“ durch zahlreiche Beweisstücke nach, daß die ganze Aktion einen Tendenzprozeß schlimmster Art darstellt. Es galt, das von den herrschenden Klassen gehäht sozialistische Blatt „Appeal to Reason“, das bekanntlich eine ungeheure Verbreitung hat, möglichst zu ruinieren. Das wird aber natürlich nicht gelingen. Der Prozeß hat zwar, was nicht anders zu erwarten war, mit einem Schuldspruch der Geschworenen geendet. Das Urteil ist indes noch nicht verkündet, da Warren auf einen neuen Prozeß angetragen hat. In ihm werden die Verteidiger Warrens beweisen, daß die Geschworenen schon vor der Verhandlung mit ihrem Urteil fertig waren, daß man überhaupt nur politische Gegner des Angeschlagenen zu Geschworenen ausgelost hatte.

Jugendbewegung.

Die Jugendauschüsse.

Die bisher ihre Adresse noch nicht bei der Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, gemeldet haben, werden dringend ersucht, das umgehend nachzuholen, weil in der nächsten Zeit den Jugendauschüssen wichtige Materialien zugestellt werden.

Soziales.

Ein Prinzipalverband.

Ein Verband der Kaufleute-Beisitzer der Kaufmannsgerichte wurde von Unternehmern in Berlin gegründet. In der Gründungsversammlung nahm man entschiedene Stellung gegen diejenigen Kaufmannsgerichte, die den § 63 des Handelsgesetzbuches als zwingendes Recht anerkennen und entscheiden, daß der Gehilfe im Falle seiner Erkrankung selbst dann Anspruch auf Gehalt hat, wenn er durch Vertrag auf dieses Recht ausdrücklich verzichtet hat. — Die Regierung wollte, um diese verschiedene Rechtsauslegung zu beseitigen, den Anspruch des Gehilfen auf Gehalt in Krankheitsfällen ausdrücklich festlegen, wollte dafür aber dem Prinzipal das Recht zugestehen, das Salär um die Höhe des Krankengeldes zu kürzen. Die Reichstagskommission lehnte diese Verschlechterung des heutigen Zustandes ab und gab dem § 63 eine Form, die der von einigen Kaufmanns- und andere Gerichten zugunsten der Handlungsgehilfen beliebigen falschen Auffassung einen Nigeln vordringen soll. Der Prinzipalverband will die Situation ausnützen; er hat beschloffen, seitens des Verbandes soll darauf hingewirkt werden, daß jede Anstellung von Gehilfen schriftlich zu erfolgen habe. Der Vorstand übernimmt es, ein einheitliches Formular auszuarbeiten. Die Herren wünschen ferner, daß bei Abmündungen in den Ausschüssen die Stimme des Bescheidenden ausscheiden soll. Der neu gegründete Verband dokumentierte seine Schorfmachereignisse auch durch seine Stellungnahme gegen eine Vertretung der Gehilfenchaft in Arbeiterkammern oder in Kaufmannskammern. Sie halten das nicht nur für überflüssig, sondern auch für „sehr bedenklich“, weil „der beabsichtigte Zweck, Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen, nicht erreicht werden könne, namentlich wenn Angestellte der Organisation der Handlungsgehilfen Sitz und Stimme in ihnen erhalten würden“.

„Mehr Offiziere im Gemeinbedienst!“

Unser Militarismus weiß nicht mehr wohin mit der großen Zahl verabschiedeter Offiziere.

Täglich werden neue Vorschläge in den bürgerlichen Zeitungen gemacht, diesem „Rißhand“ abzuhelfen und „verdienten“ Herren, die aus allerlei Gründen von dem Kaiserndienst „befreit“ werden müßten, auch ein „Standesgemähes“ Unterkommen zu sichern.

Seither sind manche Offiziere Direktoren von Privatbetrieben geworden. Doch haben manche Aktiengesellschaften auch ein Haar darin gefunden und ist man vorsichtiger damit geworden. Mit schmerzhaftem Ton allein läßt sich heute keine moderne Fabrik mehr leiten. Neuerdings ging man sogar dazu über, die neue Reichsversicherungsordnung als Hilfe für diese Zwecke anzusehen. Statt der 1600 neuen Offiziere sollten 1600 ehemalige Offiziere den Titel eines „Versicherungsmannes“ erhalten. Ob die Herrschaften auch eine Ahnung von der Versicherungsgelehrung haben, ist eine Nebenfrage. Werden doch auch Landräte befördert, die wenig oder gar nichts von ihrem Amt verstehen. Das genügt aber noch nicht. Der Minister des Innern selbst muß da einschreiten und den Offizieren helfen. Ein Wunderlaß an die Regierungspräsidenten erklärt:

§ 8 Differ 2 der Grundzüge für die Besetzung der mittleren Kanzlei- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden usw. mit Militärämtern und Inhabern des Anstellungsscheines vom 20. Juni 1907 ist die Berücksichtigung der Bewerbungen verabschiedeter Offiziere um die den Militärämtern vorbehalten Stellen nur eine fakultative. Indessen haben sich vor allem größere Kommunen vielfach bereit gezeigt, Offizieren verschiedene, und zwar auch den Militärämtern nicht vorbehaltene Stellen, z. B. die Stellen der Standesbeamten, zu übertragen. Es würde nun zur Förderung des Unterkommens verabschiedeter Offiziere im Zivildienst erwünscht sein, wenn sich die Kommunen, und zwar in erster Linie die größeren Stadtgemeinden, zur Besetzung einzelner Stellen verständigen, die sie für geeignet zur Besetzung mit verabschiedeten Offizieren halten, und die mit solchen zu besetzen im allgemeinen bereit wären. Es würde sich hierbei in keinem Falle um eine Bindung der betreffenden Gemeinden handeln, vielmehr soll auf diese Weise nur der Erfolg angestrebt werden, daß Offiziere mehr als bisher zu Bewerbungen um verlässige Stellen ermächtigt werden. Ueber die Berücksichtigung der Bewerbungen würden die Gemeindebehörden die freie Entscheidung behalten. Ein ersuche ich, an die größten Stadtgemeinden Ihres Bezirks mit einer entsprechenden Anregung heranzu-

treten und mir über das Ergebnis der Anregung gegebenenfalls unter Beifügung der von den betreffenden Städten gelieferten Stellenverzeichnisse, demnächst Bericht zu erstatten.“

„Gibt der Herr ein Amt, so gibt er auch den Verstand“. Anders ist die Sache nicht zu erklären.

Welch eine Lust zu heiraten, mit dem Standesamt zu verkehren, wenn künftig ein schneidiger Offizier dort den Dienst verfehlt. Man sieht, daß ein Minister die Tätigkeit eines Standesbeamten einer Großstadt sehr niedrig einschätzt. Gnädig wird auch den Kommunen gestattet, unter den Bewerbern selbst zu wählen. Schade, daß auch nicht kommandiert werden kann. Viele Gemeindeverwaltungen werden sich natürlich jetzt bemühen, den Wünschen der Regierung nachzukommen und die Herren Offiziere werden in den Gemeinbedienst einziehen. Die Gemeinden gehen also einer „herrlichen Zukunft entgegen“.

Die Errichtung einer Rechtsanwaltskammer

befähigt den Rührberger Magistrat schon längere Zeit, nachdem die Staatsregierung die Gemeinden seit Jahren fortgesetzt zur Schaffung solcher Einrichtungen animiert. Jetzt ist endlich der Satzungsentwurf für dieses Institut endgültig zustande gekommen. Die Rechtsanwaltskammer soll von einem rechtskundigen Beamten geleitet werden und Aufsicht erteilen: an jedermann in allen Fragen des öffentlichen Rechts (Versicherungsgelegenheiten, Handwerkerlegenheiten, Militär-, Polizei-, Steuerfragen usw.), dagegen nur an Minderbemittelte in Fragen des bürgerlichen Rechts einschließlich des Strafrechts und des Straßprozesses.

Aus Industrie und Handel.

Kaffeezoll.

Daß der Kaffeezoll die unteren Schichten der Bevölkerung verhältnismäßig weit stärker als besser Situierte belastet, hat Wilhelm Gerloff 1908 in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ auf Grund der Untersuchungen von 180 Haushaltungsbudgets festgestellt. Danach hatten die höchsten Einkommen denselben Kaffeeverbrauch wie die niederen, und nur die Schicht mit weniger als 800 M. Einkommen konsumierte ein geringeres Quantum. Gerloff berechnet weiter, daß, da ja auch der von den oberen Klassen der Bevölkerung konsumierte teure Kaffee denselben Zollsatz unterliegt wie die mindertwertigen Sorten, von je 100 Mark Einkommen die Reichen 14 Pfennig an Kaffeezoll entrichten, die Wohlhabenden 18 Pf., der Mittelstand 46 Pf. und die Arbeiter 70 Pf. Diese soziale Ungerechtigkeit würde durch eine Zollserhöhung, der eine Verteuerung der Surrogate folgte, natürlich noch verschärft werden. Jetzt wird die Einfuhr im Hinblick auf die drohende Gefahr forciert, aber die Konservativen fordern, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auch der Kaffee, der sich im freien Verkehr in Deutschland befindet, einer Kaffeezollung von 20 M. unterzogen werden soll. Nur Kaffee im Besitze von Haushaltungsvorständen, die weder Kaffee verarbeiten, noch mit Kaffee Handel treiben, unterliegt dem Kaffeezoll nicht, wenn die gesamte Menge nicht mehr als 10 Kilogramm beträgt. Den Konservativen ist es bei der Frage des Kaffeezolls nicht nur um die „nationale Eate“, sondern zum guten Teile auch um ihren Profit zu tun. Ihnen ist viel lieber, wenn statt Kaffee Brauntwein getrunken wird, und wenn im übrigen der deutsche Zichorienbau eine höhere Rente abwirft. Opfer bringen auf Kosten der Konsumenten und dabei selbst ein Geschäft machen, das ist die Tendenz konservativ-ultramontaner Finanzreform.

Zum Fall Cysä und Straffer.

Von einem Beteiligten wird uns geschrieben: Die Delegation der Arbeiter in der Generalversammlung der Aktionäre hatte allerdings den Auftrag, die Aktionäre zu bitten, einen Zusammenbruch des Unternehmens zu verhindern, aber sie sollten auch die Ansicht der Arbeiter über die Ursachen der Katastrophe vortragen. Und das geschah auch durch Protest gegen die Auslassung des Direktors Wolke, immer höhere Lohnforderungen der Arbeiter hätten ihn zur Anschaffung von Maschinen gezwungen — die sich nicht bewährten. — Mit solcher „Rechtfertigung“ belunbet der Direktor noch mehr Genialität, als mit der Anschaffung unbrauchbarer Maschinen. Von den Arbeitern wurde darauf hingewiesen, daß selbst dann, wenn sie sonst gearbeitet hätten, bei der bestehenden — Wirtschaft die Katastrophe unvermeidlich gewesen wäre. Hätte man die praktisch erfahrenen Arbeiter bei den verschiedenen Experimenten zugezogen, wäre der Gesellschaft manche unnütze Ausgabe erspart geblieben. — Wie weiter berichtet wird, haben sich die Sanierungs-Schwierigkeiten noch nicht beheben lassen, indem von der Handelskammer noch besondere Garantien gefordert werden, die über die in der Generalversammlung zugesicherten hinausgehen.

Von der Handschuhindustrie. Zu den Industriezweigen, die der Konjunkturrückgang besonders empfindlich traf, gehört auch die Handschuhherzeugung. Verschärft wurde die Situation überdies durch einen Anstieg in der Mode, indem sich eine Abkehr von den halb- und dreivierteltlangen Kernein stellte. Eine Erholung zeigt sich zunächst nur bei der Herstellung von Lederhandschuhen; in Stoffhandschuhen ist das Geschäft noch wie vor unbefriedigend. Im Chemnitzer Bezirk arbeiten zahlreiche Betriebe mit erheblichen Einkürzungen, da die Vorräte den laufenden Bedarf bei weitem übersteigen. Die niedrigen Preise halten die Fabrikanten von Verkäufen zurück; sie warten auf Preisrückgehungen. Besonders schlecht ist der Absatz seidener Handschuhe, im In- wie im Auslande. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ging der Export um nicht weniger als 1,9 Millionen Mark (das ist um 60 Proz.) gegenüber dem ersten Vierteljahr 1908 zurück. In Wammwollhandschuhen betrug der Absatz 8 Millionen Mark. Die erwähnte Velebung der Lederhandschuhproduktion beschränkt sich auf das Inland; der Export hat sich zwar gegenüber 1908 gehoben, aber nicht in dem Maße wie in früheren Jahren. Handschuhe sind eben für die große Masse der Bevölkerung noch immer ein Luxusartikel.

Die französische Zolltariffbewegung

hat neuerdings eine neue Nuance erhalten durch den Eindruck, welchen die Beschlüsse der Finanzkommission des Deutschen Reichstages in Frankreich gemacht haben. Man scheint in Frankreich außerhalb dieser Beschlüsse aufzufassen als den Anfang indirekter Repressalien gegen die speziell unsere Exportartikel bedrohenden Zollrückgehungen, die in Frankreich geplant werden. Vor allem erheben die sogenannten „Chambres Syndicales“ der Champagner- und der Cognakinteressenten lebhafteste Proteste gegen die Beschlüsse. Sie haben am 18. d. M. in einer Kundgebung dem Handelsminister Grappi ihre Beschwerden vorgelesen und dabei eine am 13. d. M. gefasste ausführliche Resolution unterbreitet, in welcher die französische Regierung dringend ersucht wird, bei der deutschen dahin vorzueilen zu werden, daß sie den Beschlüssen der Finanzkommission des Reichstages nicht oder doch nicht in der beschlossenen Höhe ihre Genehmigung gebe. Man solle, statt durch Zollrückgehungen haben und drüben einen Zollkrieg heraufzubeschwören, lieber Verhandlungen über eine für die Prosperität der beiden Völker gleich wertvolle Entente eingeleiten, unter Verständigung über Zollermäßigungen auf der Basis einer loyalen Regiprozität.

Sollten freilich diese Vorschläge keinen Wiederhall bei der deutschen Regierung finden, so rechne man darauf, daß die französische Regierung Energie genug haben werde, um Zug um Zug mit einer Erhöhung der Zölle auf die wichtigsten deutschen Exportartikel nach Frankreich zu antworten.

Gewerkchaftliches.

An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Werte Genossen!

Die Zahlen des Reichsversicherungsamts zeigen unzweifelhaft, daß bei den Baubetriebsstätten von einem Rückgang der Unfälle nicht die Rede sein kann. Im Jahre 1907 sind allein bei den Bauberufsgenossenschaften 69 315 Unfälle zu verzeichnen, und davon sind

14 391 entschädigte Unfälle mit
1256 tödlich Verletzten.

Die Zunahme der entschädigten Unfälle zeigt sich auch relativ, und nur vereinzelte Landesteile weisen einen bescheidenen Rückgang auf. In den preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Rheinland und Westfalen sind die Unfallziffern schon seit Jahren fortgesetzt und im Königreich Sachsen im Zeitraum der letzten zehn Jahre sogar um über 50 Proz. gestiegen. Geradezu erschreckende Zahlen zeigen bei allem Bemühen der Arbeiter, den Zuständen bei den Bauten einen anderen Charakter zu geben, die südlichen Bundesstaaten. An erster Stelle mit diesen Missetaten und in der Missetatung des Menschenschutes steht das Königreich Württemberg, wo dem Anscheine nach die berufsgenossenschaftlichen Unternehmer Arbeiterleben und -gesundheit in der willkürlichsten Art verbrauchen können. Wie einerseits durch den Mangel von technischer Unfallverhütung und behördlicher Baubeaufsichtigung diese Unfallzahlen zunehmen, so sorgt andererseits der vernachlässigte Gesundheitsschutz in Verbindung mit der wirtschaftlichen Not für eine Verallgemeinerung des Elends der baugewerblichen Arbeiter. Die Kranken- und Sterbestatistiken unserer Zentralverbände und der Krankenkassen reden ganze Bände. Die Kommentare zur Verkürzung der Lebensdauer unserer Berufscollegen sind hier unschwer nachzulesen. Diese offenkundigen Tatsachen stehen im ursächlichen Zusammenhang mit der intensiven Steigerung der Arbeitsleistungen im Baugewerbe.

Der behördliche Bauarbeiterchutz und die Bauaufsicht in Deutschland krank an Halbheiten und Notbehelfen. Seit Jahren fordern wir speziellere Schutzmaßnahmen für das Betonbaufahren und die verschiedenen Eisenbaukonstruktionen; die amtlichen Organe können zur Prüfung dieser Materie immer noch nicht die nötige Zeit finden. Der Tiefbau verlangt bei der vielfachen Beschäftigung von Gelegenheits- und ausländischen Arbeitern eine ganz besondere behördliche Fürsorge, die aber nur sehr vereinzelt wahrzunehmen ist. Um hier andere Zustände herbeizuführen, bedarf es außergewöhnlicher Anstrengungen und Mittel.

Bei der Forderung und dem Kampf um besseren Schutz für Leben und Gesundheit wird die baugewerbliche Arbeiterschaft auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Daß darüber für uns kein Zweifel bestehen kann, das zeigen die Beschlüsse des Verbandstages der Bauberufsgenossenschaften zu Essen im September 1908 und die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus im März dieses Jahres, wo die Unternehmervertreter ohne Scheu die Missetaten bei den Bauten als eine Folge der Indolenz der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter bezeichneten. Das Unternehmertum findet dabei in Preußen die ausdrucksvollste Unterstützung der Ressortminister.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Breitenbach, konnte unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien am 17. März d. J. im Abgeordnetenhaus u. a. ausführen,

daß ein großer Teil der Unfälle auf das Verschulden, auf die Nichtachtung der Schutzbestimmungen, auf die Nichtachtung der Gefahr von seiten der Arbeiter zurückgeführt werden muß.

Das Ministerium in Preußen gibt nur dem äußersten Zwang der Umstände nach und ist der Rückhalt der Reaktion auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Diese Regierung mit ihrem weitgehenden Einfluß im Bundesrat ist als verantwortlich anzusehen für die geringen Fortschritte der Bauüberwachung durch Mitwirkung der Kontrollen aus Arbeiterkreisen. Die Stellungnahme der preussischen Regierung zu unseren Forderungen ist bestimmend für eine nicht geringe Zahl von Bundesregierungen. In Elsaß-Lothringen, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg usw. verschleppen die Regierungen nach preussischem Muster die Regelung der Bauarbeiterchutzfrage. — Für die Arbeiterschaft ist deshalb der Weg klar und bestimmt vorgezeichnet.

Was wir bis zurzeit als errungen anzusehen haben, ist als ein Erfolg der unermüdbaren Tätigkeit der Elite der baugewerblichen Arbeiterschaft zu betrachten. Die Indifferenten in den Bauberufen durch Agitation über den Wert des Lebens und der Gesundheit aufzuklären, wird deshalb auch weiter mit Erfolgen begleitet sein. Auch in der nächsten Zeit wird nach dieser Erkenntnis gehandelt werden müssen. Zu diesem Zweck wird die Zentralkommission den einzelnen Vertrauenspersonen und den Vorsitzenden der Bauarbeiterchutz-Kommissionen eine Anweisung zugehen lassen, die zu besorgen Ehrensache eines jeden denkenden Bauarbeiters sein muß.

Arbeitsgenossen! Zeigt dem Unternehmertum und den Regierungen, daß Arbeitslosigkeit und Not Euren Willen zur Erringung wahrnehmbarer Schutzmaßnahmen nicht beugen können, sondern daß Ihr nach wie vor fest entschlossen seid, mit uns für bessere Zustände bei den Baubetriebsstätten zu kämpfen!

S a m b u r g , im Juni 1909.

Mit Gruß!

Die Zentralkommission für Bauarbeiterchutz.

- | | |
|--------------------------------|--------------------------------|
| J. Efftinge, Maurer. | G. Rohnk, Bauhilfsarbeiter. |
| H. Zönnies, Maurer. | H. Leineweber, Steinbildhauer. |
| A. Friedrich, Zimmerer. | J. Effert, Modelleur. |
| A. Schönsfelder, Zimmerer. | E. Kühne, Steinmetz. |
| A. Tobler, Maler. | H. Müller, Glaser. |
| D. Wenter, Maler. | A. Friedrichs, Dachbeder. |
| H. Berner, Töpfer. | D. Behr, Dachbeder. |
| H. Hermann, Töpfer. | H. Scheller, Bautischler. |
| H. Dombach, Stuckateur. | H. Fuhs, Bauhelfer. |
| H. Thielberg, Stuckateur. | D. Franz, Klempner. |
| G. Behrendt, Bauhilfsarbeiter. | E. Schmitt, Steinseger. |

NB. Alle Briefe, Sendungen usw. für die Zentralkommission sind an G. Heinke, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, 2. Etage, zu richten.

Berlin und Umgegend.

Kesselschmiedestreit und -Aussperrung bei Vorfis.

In der Lokomotivfabrik der Firma Vorfis zu Tegel sucht man seit längerer Zeit in fast allen Abteilungen Lohnherabsetzungen durchzuführen. Bislang war es in den meisten Fällen gelungen, durch Verhandlungen eine Einigung zwischen der Firma und den betroffenen Arbeitern zu erzielen. Als jedoch acht Tage vor Pfingsten in der Kesselschmiede den Stemmern die Affordlöhne gestürzt werden sollten, da zeigte die Direktion des Werkes trotz aller Verhandlungsversuche auch nicht das geringste Entgegenkommen, und dabei waren die Abzüge dermaßen hoch, daß die Stemmer, auch wenn sie sich noch so sehr bei ihrer aufreibenden Arbeit anstrengen wollten, unmöglich auf einen erträglichen Lohn kommen konnten. So war z. B. der Affordlohn für einen Kessel — der bei einer Konkurrenzfirma 204 M. beträgt — auf 151 M. festgesetzt; nun aber wollte die Firma für dieselbe Arbeit nur noch 141 M. zahlen. Für eine Niets wurden früher 10 Pf. gezahlt; der Preis wurde auf 7 1/2 Pf. herabgesetzt und jetzt sollten dafür nur noch 5 Pf. gezahlt werden. Da alle Versuche, die Verschlechterungen auf gutem Wege abzuwehren, erfolglos blieben, beschloßen die Stemmer am Freitag vor acht Tagen, die Arbeit niederzulegen. Sie machten den Beschluß jedoch anderen Tages rückgängig, weil sie versäumt hatten, die Zustimmung ihrer Organisation einzuholen. Darauf wurden jedoch 8 Stemmer plötzlich entlassen. Nun versuchte die Subkommission des Arbeiterausschusses wiederum mit der Direktion zu verhandeln, erreichte aber nichts. Der Direktor Dorn erklärte, die Entlassungen würden aufrechterhalten und auch die Abzüge sollten bestehen bleiben. Daß unter diesen Umständen der Streik nicht zu vermeiden war, ist selbstverständlich. Der Direktor meinte übrigens, die Arbeit dränge nicht. Gleichwohl versuchte die Firma, zunächst in der Gartenstraße Arbeitswillige zu erhalten. Das gelang jedoch nicht. Die meisten Leute lehnten die Streikbrecherarbeit von vornherein ab und die wenigen, die sich dazu hergaben, erklärten, nachdem sie kaum begonnen hatten, daß ihnen die Arbeit zu schwer sei. Auch nach auswärts hat sich die Firma gewandt, um Arbeitswillige heranzuziehen, es ist aber schon Vorjorge getroffen, daß sie auch damit keinen Erfolg haben wird, zumal es schon an und für sich schwer ist, Leute zu finden, die die äußerst anstrengende Arbeit der Stemmenden auszuführen imstande sind. Die Zahl der Streikenden beträgt 50. Sie sind sämtlich organisiert. Wegen des Streiks hat die Firma nun inzwischen ungefähr 300 andere Kesselschmiede ausfinden lassen, also eine Aussperrung veranstaltet, offenbar in der Hoffnung, daß die Aussperrten auf die Streikenden einen Druck zur Wiederaufnahme der Arbeit ausüben werden. Damit wird sich die Firma aber gründlich verrechnen. Gestern vormittag fand im Saale von Trapp in Tegel eine allgemeine Versammlung der Aussperrten statt, in der H. K. über den Stand der Dinge berichtete. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem Vorgehen der Streikenden einverstanden, und die Anwesenden zeigten durchaus keine Neigung, die Arbeit eher wieder aufzunehmen, als die Verhältnisse gründlich geregelt sind.

Der Streik der Kellner im Restaurant des Zoo.

Wie schon kurz mitgeteilt, haben am dritten Feiertag 34 Kellner des Zoologischen Gartenrestaurants die Arbeit eingestellt. Es waren diejenigen von der Weinabteilung, dem elegantesten Teile des ganzen Betriebes, wo sich die fashionable Welt Berlins ihr Rendezvous gibt, sofern und soweit diese nicht in die Wäber und Kurorte gereist ist, um sich dort von den Strapazen der Winterzeit zu erholen. Hier auf der Wein-Terrasse arbeiten 24 Chefs und 24 Kides unter der Leitung von 5 Oberkellnern. Die Kellner wurden fast sämtlich durch den Stellensmittler des Genfer Verbandes gegen 10 Mark Gehühren vermittelt.

Die Chefs erhalten ein Gehalt von 10 Mark monatlich. Für diese Posten werden nur Leute mit Sprachkenntnissen engagiert. Die Koid, die sie erhalten, ist mangelhaft, so daß sie sich noch vielfach aus eigenen Mitteln beschäftigen müssen. Die fünf Oberkellner sind monatlich mit je 200 M. bezahlt. Die Trinkgelder, welche die Kellner erhalten, dürfen sie nicht behalten, sondern diese müssen sie in den sogenannten „Tront“ geben. Von diesen Geldern erhalten die Kides monatlich je 80 M. Von der Firma erhalten sie noch 30 M. dazu, so daß diese meist jungen Leute auf 110 M. monatlich kommen.

Die Oberkellner partizipieren aber auch am Tront, und zwar erhalten sie die Hälfte des Anteils der Kellner (Chefs). Die Oberkellner arbeiten selbst nicht mit, sondern sie sind nur darauf bedacht, daß den Gästen jeder Wunsch schnellstens erfüllt werde.

Eine der hervorragendsten Tätigkeiten dieser Herren Oberkellner besteht darin, die Tische zu vergeben. Den „gewöhnlichen“ Kellnern ist dies unterlagert. Der Laie wundert sich vielleicht über diese Maßnahme. Er hat natürlich keine Ahnung, wie schwierig das Tischvergeben ist. Viele Tische werden lange vorher schriftlich bestellt, und die Gäste, denen es auf ein Zehn- oder Zwanzigmarkestück nicht ankommt, wenn sie nur ihren Freunden einen genutzreichen Abend verschaffen können, sind dann überglücklich und wissen es zu würdigen, wenn der Oberkellner ihnen einen guten Tisch an der Außenseite der Veranda reserviert hat. Und so hat sich im Zoologischen Garten ein System herausgebildet, das einem Verpächter der Tische ziemlich gleichkommt.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Kellner mit diesem System nicht zufrieden waren. Sie unterbreiteten dem Direktor des Restaurants in der bescheidensten Weise ihre Wünsche, die dahin gingen, die Oberkellner sollten ihre eigenen Trinkgelder wohl behalten, am „Tront“ aber nicht mehr mit partizipieren; ihre Kides wollten die Kellner selbst bezahlen. Am zweiten Feiertag zog man die Leute hin bis zum dritten, und der eine Direktor wies sie zum anderen. Am dritten Feiertag verlangten die Kellner, daß die Trinkgeldkasse geteilt werde, da sie ja am 1. Juni ihre Miete zu zahlen haben. Wieder allerlei Ausschüfte. „Wem es nicht paßt, solle gehen.“ Daß daraufhin so viele aufhören würden, hatte man wohl nicht erwartet. Das Publikum war empört, als es hörte, daß die Trinkgelder, die von den Gästen gegeben, nicht uneingeschränkt den Kellnern zukommen. Viele der anwesenden Gäste verließen das Lokal. Mittlerweile wurden aus den anderen Betrieben der Hotelgesellschaft, aus dem Zentralhotel, Bristol und Heidelberger Hilfskräfte herbeigezogen. Der Streik muß als verloren betrachtet werden. Er war planlos von Unorganisierten unternommen. Die Kellner hatten an einen Streik überhaupt nicht gedacht, sondern hatten ihre Wünsche in der bescheidensten Weise unterbreitet. Erst das Vorgehen des Direktors erweckte in ihnen das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die Gastwirtsgehilfen sollten endlich daran denken, ihrer Organisation beizutreten, erst dann werden ihre Forderungen respektiert werden.

Achtung, Stukkateure! Bei der Firma Koller, Neubau Landhausstr. 6 sind Differenzen ausgebrochen. Der Unternehmer weigert sich, den Tarif zu bezahlen.

Deutsches Reich.

Der Verband deutscher Hotelkellner vollzieht seine Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfen-Verbande Ende dieses Monats. Die letzte Nummer des Verbandsorgans „Der Hotelkellner“ erscheint am 15. Juni.

Ein Arbeitgeber für Einführung des Achttundentages.

Anlässlich der Lohnbewegung der baugewerblichen Arbeiter im Bierstädtebund Hamburg-Altona usw. schreibt ein Unternehmer bei Verwilligung der Forderungen: „Hierbei will ich Ihnen mein Bedauern ausdrücken über die ablehnende Stellung der übrigen Unternehmer betreffend Verkürzung der Arbeitszeit.“

Ein Arbeiter für Einführung des Achttundentages.

Anlässlich der Lohnbewegung der baugewerblichen Arbeiter im Bierstädtebund Hamburg-Altona usw. schreibt ein Unternehmer bei Verwilligung der Forderungen: „Hierbei will ich Ihnen mein Bedauern ausdrücken über die ablehnende Stellung der übrigen Unternehmer betreffend Verkürzung der Arbeitszeit.“

Ich bin mit Leib und Seele dafür, daß die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird, und zwar von 8 Uhr bis 5 Uhr nachmittags, mit einer Stunde Pause und 8 M. Lohn. Frühstück und Vesper fällt weg. Wer sich dagegen wehrt von meinen Kollegen, dem muß ich sagen, daß die Leute kein Verständnis für Fortschritt haben, wenigstens ebenso wenig wie diejenigen, die da immer sagen: „Ohne Frühstück und Vesper geht es nicht.“ Ich habe in Amerika bei zehn Stunden Arbeitszeit kein Frühstück und Vesper gehabt, und es ging auch.

Streikbrecher als Revolverhelden.

In Helmstedt, im Herzogtum Braunschweig, streiken bei der Berliner Firma Saalfeld die Tischler, weil sie sich Lohnkürzungen nicht gefallen lassen wollen. Der berühmte Streikbrechervertreter Dörmann von Berlin hat auch hier seine unheilvolle Tätigkeit entfaltet und eine Anzahl der dem Staate besonders nützlichen Elemente nach Helmstedt gebracht, unter deren provokatorischem Auftreten die Helmstedter Einwohner jetzt zu leiden haben. Die Streikbrecher sind durchweg mit Revolvern ausgerüstet, die sie gegen die Einwohner zu benutzen suchen. In der Nacht zum Sonntag wurde der streikende Tischler Fritz Paue mitten in der Stadt von Streikbrechern mit den Worten angefallen: „Jetzt haben wir Dich, Du Großschänauze.“ Nach kurzem Wortwechsel wurden mehrere Schüsse auf L. abgefeuert, von denen einer L. an der Brust verwundete. Auf dem Wege zur Polizeiwache wurde L. noch von den Streikbrechern — in Gegenwart der Wächter — verhöhnt. Auch auf der Wache selbst führten die Streikbrecher noch das große Wort.

In derselben Nacht wurden in den verschiedensten Straßen der Stadt von den Streikbrechern Schüsse abgefeuert. Am ersten Pfingstfeiertage übte sich ein Arbeitswilliger im nahen Walde im Schießen, und am gleichen Tage brüstierte sich in einem Waldrestaurant eines dieser Elemente, nachdem er seines rüden Verhaltens wegen hinausgeworfen worden war, damit, daß er bei Saalfeld arbeite. Er hantierte dabei mit einem Revolver und erklärte, er habe von der Kreisdirektion die Berechtigung zum Tragen des Revolvers erhalten.

Es ist geradezu ein Skandal, wie diese Streikbrecher unter den Augen der Behörden in Helmstedt schalten und walten dürfen.

Wunderliche Dinge.

sind bei den Rärnberger Gewerbegerichtswahlen, die zum erstenmal nach dem Proporzwahlsystem erfolgten, vorgekommen. Wie wir nach dem Bekanntwerden der abgegebenen Stimmzettel berichteten, mußten danach von den 18 zu wählenden Besitzern 17 auf die freien Gewerkschaften, 1 auf die Christlichen entfallen, während die mit den Gelben verbündeten Hirsch-Dunderschen leer ausgingen. Ein anderes Resultat konnte gar nicht angenommen werden, denn auf die Liste der freien Gewerkschaften fielen 18 747, auf die der Christlichen 1294 und auf die Hirsch-Dundersche 550 Stimmen. Die letzteren blieben also um über 300 hinter der auf einen Weisiger entfallenden Durchschnittsstimmzahl zurück. Aber bei der dieser Tage vorgenommenen amtlichen Feststellung des Resultats rechnete der Vorsitzende des Hauptwahlausschusses trotzdem den Hirschen einen Weisiger zu, ebenso den Christlichen, die anderthalbmal mehr Stimmen aufgebracht hatten, als jene. Den freien Gewerkschaften verbleiben daher nur 16 Sitze. Nun hat sich aber bei der Wahl noch etwas anderes ereignet. Die Christlichen Stimmzettel trugen die amtliche Bezeichnung „Vorschlagsliste B“ nicht, so daß diese Wähler nicht wußten, von welcher Partei sie stammten. Von Rechts wegen wären diese Zettel ungültig gewesen, aber der Hauptwahlausschuss erklärte sie für gültig, indem er aussprach, es genüge, wenn die Bezeichnung der Liste in der öffentlichen Ausschreibung erfolge. Der Magistrat stimmte dem zu. Der sozialdemokratische Magistratsrat, Genosse Treu, wies dabei auf eine interessante Tatsache hin: nach den Wahlsatzungen ist der Hauptwahlausschuss gar nicht befugt, Beschlüsse der Bezirkswahlausschüsse abzuändern. Es hätte nun vorzukommen können, daß der eine Wahlausschuss die Christlichen Zettel für gültig, der andere für ungültig erklärt hätte, dann hätte der Hauptwahlausschuss daran nicht das geringste ändern können. Derartige hat man auch im Rathaus geahnt, als am Wahltag bekannt wurde, daß die Christlichen Zettel ohne Bezeichnung waren; man teilte den Wahlausschüssen, die sich zweifellos mit der Frage der Gültigkeit dieser Zettel hätten befassen müssen, schleunigst mit, sie sollten darüber keine Beschlüsse fassen, sondern sich mit der Auszählung der Stimmen begnügen. Auf diese Weise wurde der Christliche Weisiger gerettet.

Tarifbruch im Leipziger Steinsetzgewerbe.

Daß Unternehmer jede Gelegenheit, bestehende Tarife zu umgehen oder zu brechen, wahrzunehmen, ist eine bekannte Erscheinung. Jetzt versuchen es in Leipzig wieder einmal drei Steinsetzmeister. Nach bestehendem Tarif ist bei Arbeiten für den Rat der Stadt Leipzig Affordarbeit ausgeschlossen. Bei der Verlegung von Rabeln für das städtische Elektrizitätswerk aber behaupteten drei Firmen, die Arbeit sei keine städtische, sondern würde im Auftrage einer Berliner Firma ausgeführt; somit käme auch der Affordpassus nicht in Betracht und die Arbeiter könnten Affordarbeit leisten. Leider ließen die Steinsetzer sich darauf, wie auch auf die Leistung von Uebersunden ein. Die Organisation brachte die Angelegenheit jedoch vor den Schlichtungsausschuss, der das Vorgehen der Unternehmer als tarifwidrig bezeichnen mußte.

Ausland.

Vom Bau der Petroleum-Reservoirs des Landesverbandes der galizischen Kohlenproduzenten in Worslaw wird berichtet, daß die Arbeiter in den Zustand getreten sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Fürstenbegegnung.

Berlin, 2. Juni. (B. L. Z.) Wie wir hören, gedenkt der Kaiser, einer Einladung des Kaisers von Rußland folgend, sich Mitte Juni nach dem nördlichen Teil der Ostsee zu begeben, um dort mit dem russischen Herrscher zusammenzutreffen.

Ein Riesenschreck in Sicht.

Stasgow, 2. Juni. (B. L. Z.) Die Lohnstreikigkeiten in den schottischen Kohlenrevieren haben einen akuten Grad erreicht und eine Krisis kann ohne Verzug ausbrechen. Die Unternehmer werden zusammenzutreten, um das Schiedsgericht in aller Form aufzulösen und eine Lohnreduktion von 12 1/2 Prozent anzukündigen. Die Arbeiter werden sicherlich Widerstand leisten, und ein Streik von 100 000 Bergarbeitern scheint unvermeidlich. Die Führer der Arbeiter sind nach Waelin gereist, um die Angelegenheit der kontinentalen britisch-amerikanischen Delegation zu unterbreiten.

20. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Berlin, 2. Juni 1909.

Das Präsidium in der heutigen Sitzung wurde von Lamendin-Frankreich geführt. Zur Verhandlung stand der Punkt: Alters- und Unfallversicherung.

Es lag dazu zunächst ein Antrag Frankreich vor: „Den Bergarbeitern sollte ohne Rücksicht auf das Alter nach 25-jährigem Dienst eine Altersrente in Höhe von wenigstens 2 Fr. pro Tag gewährt werden.“

Der Antrag wurde von Heune-Frankreich begründet. Er verwies darauf, daß 1894 das französische Parlament, getrieben von einer Agitation der französischen Bergleute ein Alters- und Unfallversicherungsgesetz angenommen hat. Die Bestimmungen des Gesetzes sind jedoch ungenügend und die Bestrebungen, es auszubauen, haben deshalb nie aufgehört. Besonders zu bekämpfen ist die Bestimmung, daß die angekauften Gelder erst nach dreißig Jahren verwendet werden dürfen. Bis dahin sind die Arbeiter gänzlich auf die Hilfskassen angewiesen, die teilweise von den Unternehmern geschaffen worden sind. Dort gelingt es aber nur sehr selten, den Arbeitern die ihnen zukommenden Renten zu gewähren. Es kommt vor, daß ein Arbeiter kurz bevor er die Berechtigung zum Bezug der Rente erreicht, vor die Tür gesetzt wird. Die Renten, die die Bergarbeiter bekommen, sind absolut ungenügend. Es ist absolut unmöglich, mit diesen Renten auch nur die elementarsten Bedürfnisse des Lebens zu decken. 1902 fand der Generalstreik statt. Er übte einen Druck auf die französische Regierung aus, die sich herbeiließ, 1 Million Franc jährlich für die Pensionen der Bergarbeiter zu zahlen. Das ist aber viel zu wenig. Wir französischen Bergarbeiter verlangen eine Rente nach 25 Arbeitsjahren ohne Rücksicht auf das Alter und in Höhe von mindestens 2 Fr. täglich. Man hat eingewendet, daß dann schon 40jährige Bergarbeiter in den Genuss der Rente kommen könnten, weil schon viele Bergleute mit 13 Jahren in die Grube fahren. Deshalb würden wir damit einverstanden sein, daß gejagt wird, nur Bergarbeiter über 50 Jahre sind pensionsberechtigt. Darüber hinaus aber verlangen wir, daß, wenn ein Bergarbeiter vor dem Bezug der Pension stirbt, diese seiner Frau und seinen Kindern zu gute kommt. (Lebhafte Beifall.)

Soubart-Belgien beantwortete folgenden Antrag seiner Nation: „Den alten Bergarbeitern sollen Renten ausgesetzt werden. Diejenigen, die arbeitsunfähig sind oder an einer durch ihre Arbeit hervorgerufenen Krankheit leiden, sollen während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit eine ausreichende Unterstützung beziehen. Für den Fall, daß ein Bergmann stirbt, sollen die Witwe und die Kinder eine Entschädigung erhalten, die ausreicht, um anständig davon leben zu können.“

In der Begründung besprach der Redner die belgische Versicherungslegislation und wandte sich dagegen, daß nicht einheitliche Renten für das ganze Land gewährt werden, sondern daß sie nach den Bezirken variieren. Die Renten selbst sind viel zu niedrig. Die höchsten Renten, die gewährt werden, betragen durchschnittlich 180 bis 200 Fr. jährlich. In vielen Bergwerksbezirken sind sie noch niedriger, in Charleroi z. B. beträgt die Rente nur 100 Fr. Die Renten der Bergarbeiter sind geradezu skandalös niedrig im Vergleich zu den Renten, die der Staat seinen Beamten und den Geistlichen bezahlt. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist in Belgien so wie überall: die Leute, die am wenigsten tun, beziehen die höchsten Renten. Auch im Heere werden hohe Altersrenten bezahlt. Millionen hat man für die Leute übrig, die zum Herfstören da sind, während diejenigen, die den Reichtum aus der Erde holen, die geringsten Pensionen beziehen. (Sehr richtig.)

Chert-Österreich begründet den letzten zu diesem Punkt vorliegenden Antrag, der den Kongreß auffordert, im Wege der Gesetzgebung für die durch Unfall oder durch allgemeine Krankheitsursachen erwerbsunfähig gewordenen Bergarbeiter eine auskömmliche Rente zu verschaffen. Auch den Hinterbliebenen der verstorbenen Berg-

arbeiter solle eine zum Leben ausreichende Rente gewährt werden. Der Kampf um die Versicherungsfrage ist in Österreich so alt wie die Bergarbeiterbewegung. Durch das Bistum dieses internationalen Kongresses wollen wir neuerdings auf die österreichische Gesetzgebung einwirken, damit den traurigen Verhältnissen endlich einmal abgeholfen wird. (Beifall.)

Richard-England: Wir englischen Bergarbeiter können seitdem mit einer gewissen Genugtuung über Reformen auf diesem Gebiet uns freuen, seitdem im englischen Parlament die Arbeiter als Partei vertreten sind. Der Schlüssel zu allen sozialpolitischen Reformen liegt in der Abstammungsfrage. (Sehr richtig!) Eine kräftige Sozialpolitik verdrängt sich nicht mit ungeheuren Ausgaben für Rüstungen. (Stürmischer Beifall.) Deshalb ist es die Pflicht der Bergarbeiter, darauf zu dringen, daß alle Friedensbestrebungen unterstützt werden. Wir in England haben gesehen, wohin der Chauvinismus führt. Bevor die jetzige Regierung ans Ruder kam, hatten wir eine chauvinistische Regierung, unter der es mit der Sozialreform nicht vorwärts ging. Sie machte den Warentarif und verschwendete viel Geld für militärische Zwecke. Erst seitdem es gelungen ist, dieser Regierung eine ungeheure Niederlage zu bereiten, und eine Menge Arbeitervertreter ins Parlament zu entsenden, ist eine Besserung zu verzeichnen. Erst seit dieser Zeit haben wir den Achtstundentag, eine Erweiterung des Entschädigungsgesetzes und das Altersgesetz. (Stürmischer Beifall.)

Schmidt-Deutschland (H. D. Gewerkschaft): Das geflügelte Wort unseres Reichstanzlers: Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran, trifft auf den Arbeiterschuh gewiß nicht zu. Aber in dem jetzt zur Beratung stehenden Punkt hat es doch vielleicht eine gewisse Berechtigung. Wir haben gehört, daß in anderen Ländern die Arbeiterversicherung noch sehr im Argen liegt. Womit ich jedoch nicht gesagt haben will, daß wir nun mit dem zufrieden sein könnten, was wir haben. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß wir in einzelnen Fragen viel weiter wären, wenn immer die richtigen Arbeitervertreter an der richtigen Stelle gestanden hätten. (Sehr richtig!) Leider war das nicht immer der Fall. Recht viele Arbeiter sind zusammengeknüpft, wenn sie einige Monate mit den Arbeitgebern zusammengesessen oder im Parlament gearbeitet hätten. Das trifft auf organisierte und nichtorganisierte Arbeiter zu. Allerdings nehme ich die hier auf dem Kongreß vertretenen Organisationen an. (Heiterkeit und Beifall.) Die in dem französischen Antrag geforderte Rente von 2 Fr. ist für unsere Verhältnisse viel zu niedrig. (Sehr richtig!) bei den Deutschen.) In der deutschen Gesetzgebung streben wir die Herabsetzung der Altersgrenze, die heute das 70. Lebensjahr ist, an, denn die wenigsten Bergarbeiter werden 70 Jahre alt. Sehr zu klagen haben wir über das Rentenfestsetzungsverfahren bei der Unfallversicherung. Neuerdings gehen die Berufsgenossenschaften dazu über, die kleinen Renten zu kürzen, ja die Renten unter 25 Proz. überhaupt zu beseitigen. Wir haben aber das größte Interesse daran, daß diese kleinen Renten weitergezahlt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen.) Die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt augenblicklich eine Reichsversicherungsordnung, die alle drei Versicherungszweige in sich vereinigt. Sorgen wir dafür, daß diese Reichsversicherungsordnung eine Gestalt bekommt, die den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. (Lebhafte Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen wurden hierauf am Donnerstag verlagert. Am nachmittag unternahm der Kongreß eine Dampferfahrt in die Umgebung Berlins.

5. Generalversammlung der Bildhauer.

Magdeburg, 1. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Ohne Entgegennahme von Referaten wird sofort die Generaldiskussion über die Punkte

Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband und ev.

Kassenanierung

eröffnet. Es liegen hierzu Anträge aus den Bezirken Berlin, Burg, Püsch, Liegnitz, Magdeburg und Rürnberg vor, die

eine Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband verlangen. Behl (Münster) bespricht das Verhältnis zum Holzarbeiterverband und weist nach, daß ein Zusammenschluß nur im Interesse der Bildhauer liegen könnte. Wenn einige Branchen sagten, ihre Interessen würden im Holzarbeiterverband nicht genügend gewahrt, so bedeute dieser Einwurf eine Voringenommenheit gegen den Holzarbeiterverband, der durch nichts begründet sei. Der Holzarbeiterverband habe dieselbe Werkkraft wie der Bildhauerverband. — Die Vorschläge des Hauptvorstandes bez. der Kassenanierung kann Redner nicht ernst nehmen. Eine Beitragsanhebung von 10 Pf. genüge nicht. Aus der Kassenmiere könne man nur durch eine Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband herauskommen.

Dehle (Berlin) erklärt, die Argumente, die die Gegner des Anschlusses in der „Bildhauer-Zeitung“ angeführt, hätten ihn enttäuscht. Der Mitgliederzuwachs dränge zu einer Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband, geschähe diese heute nicht, dann in absehbarer Zeit.

Dehle (Stuttgart) wirft die Frage auf: Sind die Einrichtungen der großen Verbände denen, die sie allen Anforderungen gewachsen sind? und beantwortet sie mit nein. Der Metallarbeiterverband dient ihm hierzu als Beweis. Dann verweist Dehle auf die Streike der Metallarbeiter in Stettin und Rannheim, die gezeigt hätten, daß die großen Industrieverbände nicht besonders leistungsfähig seien. Die Faktion der großen Verbände gehe dahin, daß sie für kleine Branchen keine großen Kosten ausgeben. Es sei deshalb ausgeschlossen, daß die Bildhauer im Fall eines Uebertritts bei Lohnkämpfen große Erfolge erzielen. Die dem Holzarbeiterverband angeschlossenen Bürstenmacher, Stelmacher und andere Branchen würden sich beschweren, daß sie beim Hauptvorstand nicht die nötige Unterstützung bei Lohnbewegungen finden. So gehe es wohl auch den Bildhauern, wenn sie übertreten. Dann käme die Stellenvermittlung noch in Betracht, die bei einer Verschmelzung nicht mehr in der bisherigen Weise geführt werden könne. Es werde gesagt, die Unterstützungsjahre des Holzarbeiterverbandes seien denen des Bildhauerverbandes gleichwertig. Das sei nicht richtig, die Unterstützungsbedingungen im Bildhauerverband wären wesentlich günstiger. Redner bittet, von einer Verschmelzung abzuziehen, da dadurch ein Teil der Kollegen von der Organisation abgesprungen würde. Die Stuttgarter Kollegen wollten zur Sanierung der Kasse gern Opfer bringen. Sie würden für höhere Beiträge und Beschränkung der Kassenzeit eintreten.

Hofler (München): Wir in München haben den Anschluß abgelehnt, meine persönliche Ansicht ist aber etwas anders. Ich bin im Prinzip für die Verschmelzung, meine aber, daß sie nicht zweckmäßig ist. Es ist zu befürchten, daß ein großer Teil unserer Mitglieder nicht mitmacht und Lokalvereine gründet. Bei einem Uebertritt würde auch unsere Bewegungsfreiheit wesentlich beschränkt. — Die Sanierung der Kasse ist möglich. Bei einer 52wöchigen Zwischenkassenzeit für den Unterstützungsbezug, die wir vorschlagen, kommen wir sicher aus der Misere heraus.

Königsradl (Magdeburg) ist für den Uebertritt und schließt sich den Ausführungen Behl an.

Hildesheim (Berlin) spricht gegen den Uebertritt. Es sei nicht kassengeil, wenn sich die Kollegen gegen eine Verschmelzung wenden, sondern die Ansicht, daß die Interessen der Bildhauer im Holzarbeiterverband nicht genügend vertreten würden. In der Sanierungsfrage müsse man suchen, eine feste Basis zu finden, auf der der Verband nicht immer wieder zu Sanierungen gezwungen sei.

Bönig (Berlin) wendet sich ebenfalls gegen eine Verschmelzung, da die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei. Bei einem ev. Uebertritt könnte für die Modellseure und Steinbildhauer auf keinen Fall der Holzarbeiterverband in Betracht kommen.

Beiler (Berlin), vom Zentralvorstand, geht ausführlich auf die Kassenverhältnisse ein und erläutert die im Fachorgan bereits veröffentlichten Vorschläge zur Stärkung der Kasse. Diese laufe darauf hinaus, durch Beitragsanhebung oder Verlängerung der Zwischenkassenzeit bei Unterstützungen mehr Mittel für kommende Kämpfe zu schaffen.

Odenhal (Hamburg) meint, der Holzarbeiterverband sei

Kleines feuilleton.

Der Erreger des Keuchstuhns ist jetzt endlich mit Sicherheit nachgewiesen. Es waren die französischen Kerste Borden und Genou, die zuerst im Jahre 1906 eines Kleinweizens habhaft wurden, dessen Verschulden an der Erregung des Keuchstuhns sie zum mindesten sehr wahrscheinlich machen konnten. Jetzt sind ihre Forschungen durch Dr. Klimentz im Zentralblatt für Bakteriologie durchaus bestätigt worden. Danach ist der Keuchstufentkeim ein kleiner, kurzer Bazillus mit gerundeten Enden, der keine eigene Beweglichkeit besitzt, an der Luft lebt und sehr langsam und schwach wächst, wenn er zuerst ausgeschieden ist. Er verlangt auch zunächst einen ganz besonderen Nährboden, gedeiht aber nach mehreren Generationen immer besser. Im Auswurf von Keuchstufentkranken findet er sich in großen Mengen, und es muß daher auffallend erscheinen, daß man seiner nicht früher habhaft geworden ist. Die Erklärung dafür, daß er sich so lange vor dem Späherauge des Mikroskops hat verbergen können, liegt darin, daß er nur beim ersten Anfang der Krankheit leicht nachweisbar ist und bald nach Eintritt des eigentlichen Stuhns verschwindet. Bei weiterer Fortschritt der Krankheit erscheinen andere Kleinweizen, namentlich der Influenzabazillus, die den eigentlichen Keuchstufentkeim scheinbar verdrängen. Bei tödlichen Fällen von Keuchstufentkeim der Bazillus sogar im Blut und in den Lungen nachgewiesen worden. Auch der unumstößlich sichere Beweis für das Wesen dieses Bazillus, nämlich seine Wirkung auf das Blut von Keuchstufentkranken, ist jetzt erbracht worden, und damit wäre eine gewisse Hoffnung auf die Gewinnung eines Keuchstufenserums gegeben. Es ist auch bereits gelungen, eine dem menschlichen Keuchstufentkeim ähnliche Krankheit durch Einführung des Bazillengifts bei Affen und jungen Sunden zu erzeugen, nur fehlt dieser der Stufen. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß künstlich angelegte Tiere anderen Tieren bei einfachem Zusammenleben in demselben Käfig die Krankheit mitteilen können. Auch bei den Tieren wurde der betreffende Bazillus stets in den Ausscheidungen der Nase und zuweilen auch in den Lungen oder im Blut ermittelt. Ganz leicht ist die Feststellung des Bazillus bei den keuchstufentkranken Menschen im allgemeinen nicht, denn bei 76 Fällen ist es bisher nur fünfmal gelungen, den Bazillus kulturfähig abzuscheiden, und immer nur in einem frühen Stadium der Erkrankung. Bessere Gewäße bietet der Versuch, die Bazillen durch eine geeignete Färbung sichtbar zu machen, was in 84 jener Fälle, also in 80 v. H., gelang. Während die Erreger anderer Krankheiten auch bei gefunden Menschen nachweisbar sind, ohne daß diese durch sie erkranken, ist der Keuchstufentkeim bei gefunden Kindern niemals aufgefunden worden, ebensovienig bei anderen akuten Erkrankungen der Atmungswege. Die Behandlung und Verhütung des Keuchstuhns, der unter den Kinderkrankheiten mit Recht besonders gefürchtet ist, wird nun zweifellos in neue und erfolgreiche Bahnen einlenken. Der Umstand, daß der Bazillus nur im Anfang der Erkrankung leicht und sicher zu fassen ist, kann insofern nicht als besonderer Nachteil bezichnet werden, als gerade dann die Erkennung der Krankheit einerseits schwierig, andererseits für ihre zeitige und richtige Behandlung besonders wichtig ist.

Eine wirkliche Volkszählung in China wird jetzt in Aussicht gestellt. Um zu ermitteln, was das bedeutet will, muß man sich zuwächst daran erinnern, daß China der volkreichste Staat der Erde

ist, zweitens daß bisher nur Schätzungen seiner Bevölkerungszahl vorliegen, die um 100—200 Millionen zu schwanen pflegen. Im allgemeinen rechnet man noch immer damit, daß China 400 bis 450 Millionen Menschen birgt, doch wird diese Zahl von sachkundigen Geographen für übertrieben gehalten, so daß man in manchen Wägen wohl auch nur 300—350 oder gar 250 Millionen als die wahrscheinliche Ziffer angegeben findet. Es leuchtet ein, daß alle Rutzunahmen in bezug auf die „gelbe Gefahr“ und ihre Größe in ihrem Gewicht sehr erheblich von einer sicheren Berechnung der Bevölkerungszahl Chinas abhängen. Von der chinesischen Regierung sind freilich auch schon in früheren Jahrhunderten Volkszählungen veranstaltet worden, doch haben sie meist nur Angaben über die Zahl der Familien gegeben und sind in ihren Resultaten außerdem dadurch beeinträchtigt worden, daß die Gouvernements der einzelnen Provinzen die Zahlen fälschten, je nachdem die Zählung zum Zweck einer militärischen Aushebung oder einer Steuer angeordnet worden war. Jetzt soll endlich einmal das riesenunternehmen einer wirklichen Volkszählung im ganzen chinesischen Reich ausgeführt werden, und zwar in der doppelten Form einer Familien- und einer Kopfzählung. Jene soll bis zum Jahre 1910, diese erst bis zum Jahre 1912 beendet werden. Bei der ungeheuren Ausdehnung des chinesischen Reiches kann die Größe dieser Aufgabe kaum überschätzt werden. Uebrigens wird die Bevölkerung in einigen Teilen des Reiches der Zählung sicher Widerstand entgegenzusetzen oder sie für ihren Teil überaus unmöglich machen. Selbst unter Anrechnung solcher Unsicherheiten und Mängel aber würde die Veranstaltung einer möglichst sorgfamen Volkszählung in China von großem Wert sein, auch wenn man mit einer Ungenauigkeit des Ergebnisses in einem Betrage von 20 bis 30 Millionen Menschen rechnen müßte.

Theater.

Deutsches Theater. (Sommergastspiel unter Direktion von B. Geld und B. Runge.) „Die schide Auguste“, eine Dienstmädchenkomödie von Gustaf af Geijerstam. Die Erwartungen, die der Name des jüngstverstorbenen feinsinnigen schwedischen Romanistschillers erregte, wurden über enttäuscht. Er hat es nicht verdient, daß man sein Andenken durch Ausgrabung dramatischer Jugendjüden dieser Art kompromittiert! Das Ganze ist ein Kaffeeklatsch über die gottverdammte Schlechtigkeit der Dienstmädchen, an dem zum Schluß, da der Verfasser die groteske Parteilichkeit seiner Schilderung und der daran geknüpften Verallgemeinerungen wohl selbst als gemierlich empfindet, ein Plädoyer auf mildernde Umstände unter Berufung auf das Milieu angefügt wird. Der Trivialität der Auffassung entspricht die der dramatischen Durchführung. Dem Dialog fehlt jeder Reiz individualisierter Konversation, ja selbst des lustspielmäßigen Dudenwises; farb- und farblos plätschert das Wäsklein der Rede dahin. Das junge bürgerliche Ehepaar, das nach Anlage des Stückes doch eine Art von typisch-repräsentativer Geltung in seinen Dienstmädchen-Erfahrungen beansprucht, hat mit dem wirklichen Durchschnittstyp auch nichts zu schaffen. Geijerstam schwelgt in Ausmalung herrschaftlicher Humanität; seine Leuten überschlagen sich geradezu an Freundlichkeit und sanftmütiger Vertrauensseligkeit. Weil sie „zu gut“ sind, darum haben sie's mit ihren Mädchen so schlecht.

Nach ein paar Szenen ist man mit dem Märchen wie mit der getirrenen, schiden Auguste, die sich bei der Gnädigen als Unschuld vom Lande einzuführen weiß, fit und fertig. Nirgends ein Anlat, aus dem sich eine Spur von Handlung entwickeln könnte. Der Autor hilft sich damit weiter, daß er diese billigen Kontraste des

ersten Aktes, ein bißchen anders frisiert, stets von neuem aufmarschieren läßt. Immer wieder schwindet die durchtriebene Kassenfee, und immer wieder fällt die gute Herrschaft darauf rein. Als es dann endlich — in recht ungeschickter Weise — zur Entdeckung kommt und eine Strafpredigt gegen die bisherige „Perle“ losgedonnert wird, reagiert Auguste — der Idee nach ja wohl verständlich, aber ohne alle dramatisch übergewandene Schlagkraft — mit sozial gefärbten Verspekulativen: Die feinen Leute könnten leicht aufrichtig sein, aber wie hätte sie, deren Mutter eine Jagdhändlerin war, sich in dem Kampf ums Dasein vortwärtsbringen sollen ohne List und Lüge? Von den drei Liebhabern die sie abwechselnd als Vorposten benutz hat, beglückt sie dann den ältesten, einen wohlbestallten Portier mit ihrer Hand. Das Spiel war flott, soweit die Unbanbarkeit der Rollen es zuließ. Adele Hartwig in der Hauptfigur traf manchen Zug im Detail sehr glücklich.

Humor und Satire.

Zur Abänderung der Eidesformel (lex Eulenburg): Der liebe Gott zu Petrus: „Sag ihnen, sie sollen meinen Namen nun endlich beim Schwur auslassen! Ich habe jetzt genug üble Erfahrungen gemacht!“

Essener Schulzeugnis. „Der Brimner von Schlotheim hat sich im Lateinischen, Griechischen und in der Mathematik über ein solches Vermögen seines Vaters ausgewiesen. Im Deutschen Aufsatz berechtigt er zu den schönsten Doffnungen für eine dereinstige sehr hohe Stufe der Staatsökonomie. Der Brimner von Schlotheim bildet daher sozusagen „eine Klasse für sich“.

Die geteilte Klasse. Professor: „Was wollen Sie denn in A. Sie sind doch so ein Prolet von B?“

Brimner: „Richt mehr, mein Vater hat soeben — — das große Los gewonnen!“

Bilow und die Sphinx. „Wenn Du die „Auflösung“ nicht fertig bekommst, dann mußt Du in den Abgrund stürzen!“

Dedius-Bilow: „Weißt Du, Sphinx, daß soll der Sdow besorgen, der hat Prokura.“

Ausgeglichen. „Na, Frischchen, Ihr habt ja kürzlich Familienzuwachs bekommen!“

„D, dat is nich von Bedeutung, Lante, die paar Pfund, die wir da jekriegt haben, haben wir an der Mama wieder verloren!“ („Lustige Blätter“.)

Notizen.

— „Verbreitung unzüchtiger Schriften“ soll Friz Engel, der verantwortliche Redakteur des „Zeitgeist“, durch Abdruck einer Novelle von — Anatole France begangen haben! Während diese lächerliche Anklage zusammengebracht wird, tanzt die Pornographie in den Schaufenstern und auf den Straßen der Berliner Friedrichstadt den allerstolzen Cancan: vor den Augen der wohlwollenden Polizei und der hochwohlwollenden Staatsanwaltschaft...

— Ein neues Mikrophon. Wie die Stockholmer Morgenblätter vom 2. Juni melden, haben die beiden schwedischen Ingenieure Egner und Holmström nach mehrjähriger Arbeit ein Mikrophon konstruiert, das so empfindlich sein soll, daß die jetzige größte Telephonierstrecke verdoppelt werden kann! Am Dienstag führten die beiden Erfinder von Berlin aus ein Gespräch mit dem Telegraphendirektor in Stockholm, wobei sich zeigte, daß der neue Apparat auf dieser Strecke dieselbe Lautstärke hätte wie gegenwärtig die Linie Ralmoe—Stockholm.

nicht die geeignete Vertretung für die Modelleure oder Stein-
arbeiter. Komme es zu einer Verschmelzung, dann könne der
Vertritt sein geschlossener sein. Wenn man bei der Massen-
sicherung mit 5 Pf. Beitragsverhöhung nicht auskomme, dann solle
man einen höheren Satz nehmen. Die Hamburger Kollegen würden
auch 10 oder 15 Pf. mehr bezahlen.

Missa (Berlin) kritisiert, daß der Hauptvorstand zu der
Uebertrittsfrage keine klare Stellung eingenommen habe und tritt
in längeren Ausführungen für die Beibehaltung der Berufs-
organisation ein. Dabei polemisiert er gegen einen Artikel im
„Korrespondenzblatt“ in dieser Frage, der zeige, daß der Verfasser
die Verhältnisse nicht richtig kenne.

Robert Schmidt (Berlin), Vertreter der Generalkommission:
Ich kann verstehen, daß Sie Ihre alte Organisation verteidigen.
Ich bin kein begeisterter Befürworter einer Verschmelzung Ihrer
Organisation mit den Holzarbeitern, bis vor kurzem war ich noch
Gegner des Anschlusses; man kann sich aber doch nicht gegen die
Entwicklung stemmen. Die Abstimmung ist für Sie sehr ernst, Sie
müssen berücksichtigen, daß eine erhebliche Minorität Ihrer Mit-
glieder auf einen Anschluß drängt. Von außen drängt Sie ja
niemand zu einem Uebertritt, der Holzarbeiterverband hat eine sehr
loyale Haltung in dieser Frage eingenommen. Ich möchte mich nun
gegen einige schiefe Darstellungen in der Diskussion wenden. Es
wurde gesagt, die großen Verbände sind nicht so leistungsfähig
wie die kleinen. Das muß ich bestritten. Den großen Verbänden
ist es leichter als den kleinen, die Anstürme an die Kasse zu er-
tragen. Die Verhältnisse in der Metallindustrie sind wesentlich
anders als in der Holzindustrie. Der Holzarbeiterverband hat da-
her mit anderen Faktoren zu rechnen als der Metallarbeiterverband,
auf den Sie in der Debatte exemplifiziert haben. Auch bei dem
Streik in Mannheim liegen die Dinge anders, als sie hier und
auch in der Presse behandelt wurden. Es sind dort in Berücksichti-
gung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Teil Erfolge erzielt
worden. — Nun wurde auch betont, im Holzarbeiterverband kom-
men die verschiedenen Branchen nicht zur Geltung. Das ist nicht
zutreffend. Nach einer Statistik des Holzarbeiterverbandes steht
fest, daß die im Holzarbeiterverband vertretenen Branchen bei
Streiks und Lohnbewegungen ziemlich gleich beteiligt waren. Bei
Angriffstreiks im Jahre 1907 waren die kleineren Branchen pro-
zentual sogar noch stärker beteiligt als die Tischler. Das einzige
Bedenken gegen einen Anschluß, das ich geltend machen kann, ist:
daß die Steinbildhauer sich wohl schwer dem Holzarbeiterverband
anschließen. Vielleicht wäre es eine bessere Lösung, wenn die
Steinbildhauer sich dem Steinarbeiterverband anschließen, aber auch
dies hat seine Schattenseiten. Redner bespricht noch die Unter-
stützungsbeträge bei den Bildhauern und Holzarbeitern, die
gleichwertig seien, und meint zum Schluß, er wolle nicht zureden,
den Anschluß jetzt zu beschließen, denn dazu bedürfe es einer besseren
Vorbereitung.

In der weiteren Debatte werden neue Gesichtspunkte nicht mehr
vorgebracht. Die Mehrzahl der Delegierten tritt energisch gegen
den Anschluß an den Holzarbeiterverband ein. Andere Redner
plädieren warm für die Verschmelzung, die eine Notwendigkeit sei.
Es folgt Vertagung.

9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter- verbandes.

Hamburg, 1. Juni.

In der Dienstagssitzung wurde zunächst vornehmlich
über

Mannheim-Stettin

debattiert. Die Mannheimer Delegierten Sahler und Ham-
berg und der Ludwigschafener Delegierte Nicken suchten die
kollektive Empörung ihrer Kollegen urächlich zu begründen. Stark
beeinflusst seien sie durch die Vorwürfe der Firma Brown,
Boveri u. Co., die trotz aller Abmachungen gemahregelt und
den Lohn gedrückt habe. Das habe später das Mißtrauen gegen
die Versprechungen des Streikwerkes erzeugt und gerechtfertigt.
Am meisten Entrüstung habe die Tatsache erregt, daß der Vorstand
Beschlüsse ohne Befragung der örtlichen Verwaltung und Ver-
trauensleute fahre. Auch die Depesche über Streifarbeit in
Sachsen habe infolge der Begleitumstände das Mißtrauen
erhöht, obwohl sich herausgestellt, daß sie weder gefälscht noch
bestellte Arbeit gewesen. Die Kündigung des Beamten sei nicht
formgerecht erfolgt, sei sie auch nur ein „Vorstoß“ gewesen. Im
übrigen sei die Taktik des Vorstandes bekämpft und die Verant-
wortlichkeit der Bezirksleiter gefordert worden. Nicht entschuldigbar
sei das Verhalten der Arbeiter nach dem Streik; dem Verband den
Rücken zu kehren, hätten sie kein Recht gehabt. Hätte man aber
die örtlichen Instanzen herangezogen bei den Beschlüssen — was
auch bei Verhandlungen mit Unternehmern geschehen müsse —, so
wäre nur halb soviel Mißstimmung entstanden. Der Vorstand
habe eigenmächtig gehandelt.

Dittmann (Hamburg) übte sehr scharfe Kritik am Vor-
stande, mit dessen Tätigkeit die meisten Mitglieder unzufrieden
seien. Das ganze System gefalle ihnen nicht, vor allem aber die
Selbstherrlichkeit der Leitung und die Bevormundung der Mit-
glieder. So schaffe man Hagerfülle, Unzufriedenheit auf der einen,
Pratorianer auf der anderen Seite. Man tue das Gegenteil von
dem, was die Mitglieder für richtig hielten; während diese vor-
wärts wollten, sei der Vorstand auf sein Dummheit stolz und sage
bei jeder andgedrohten Aussperrung: Hand davon! Er sei gaudernd
gegen Feinde, schneidend gegen Kollegen; dort fehle Initiative, hier
herrsche Bevormundung. Die Bezirksleiter seien vom Vorstand
abhängig wie Janitscharen; sie müßten gelegentlich zur Wahl
gestellt werden, um festen Boden zu erhalten. Die Dünkelhaftig-
keit gegen die Partei, die Bevormundung einer gewissen Richtung
seien nicht angebracht, die Unterstützungszuschüsse bei der Rei-
se auf Grund des Abkommens zwischen Parteivorstand und
Generalkommission den Verbandtagsbeschlüssen widersprechend.
Die in Stettin erlassenen Flugblätter seien ein Verbrechen an den
Arbeitern, dessen Wirkungen man noch zehn Jahre spüren werde.
In Mannheim habe der Absolutismus seinen Höhepunkt erreicht.
Nämlich hätte man den Arbeitern zumuten können, sich auf
Treu und Glauben dem Streikwerk zu überliefern. Die „ehr-
lichen Arbeiter“ wollten die Arbeiter nur über den Rüssel darziehen.
Umdemokratischer als alles andere sei, daß ein halb Duzend Vor-
standsmitglieder über den ganzen Verband entscheiden. Im Fall
des Mannheimer Beamten sei nur bedauerlich, daß er gegen den
Willen der Mitglieder auf dem Posten bleibe. Die bisherige
Taktik des „Verhandels um jeden Preis“ habe Schiffbruch
gelitten und den Verband in den Sumpf gebracht, über dem wie ein
Irelied die Tarifgemeinschaft schwäche. Da habe das Wort
„Sisyphusarbeit“ gewisse Berechtigung. Man müsse daher den
Anträgen auf Änderung des jetzigen Zustandes zustimmen.

Dittmann (Hannau) meinte, man dürfe bei drohenden Aus-
sperrungen nicht immer gleich abblasen, sonst könnte man diesem
Mittel ja überhaupt nicht begegnen. Die in Mannheim an-
genommene Form des Kampfabbruchs habe im ganzen Lande un-
günstig gewirkt und das Vertrauen zur Organisation erschüttert.
Künftig dürften in solchen Fragen zwar nicht die Kampfen
allein entscheiden, wohl aber müßten die in Mitleidenschaft
Geratenden rechtzeitig mit zur Entscheidung herangezogen werden;
ein Teil der ungeheuren Verantwortung müsse auf die Massen
übertragen werden. — Zur Behandlung der Budgetfrage im
Kolender sagte Redner, man müsse das Einigende suchen und nicht
einen Teil der Mitglieder, der anders denke, vor den Kopf
stoßen.

Bühl (Griesheim) behandelte die formelle und tatsächliche Seite
der beiden strittigen Punkte. Er ist der Ansicht, daß im Mann-
heimer Fall die örtlichen Instanzen hätten zugezogen werden
müssen, denn hätten sich die Dinge nicht so zugespielt. Bis zum
Ablauf des Ultimatus der Unternehmung sei hinreichend Zeit
gewesen, den Kollegen die Sache klar zu machen. Was ist denn
mehr wert: ein paar Tausend Mark oder das Vertrauen von
einigen Tausend Kollegen zu verlieren? Eine bezerrigte Taktik

liege nicht im Interesse der Kollegen. Das Vertrauen zum Ver-
bande werde mit dem Augenblick wiederkehren, wenn die General-
versammlung erklärt: Die Maßnahme des Vorstandes war nicht
richtig! Was die formelle Seite anlangt, so vermöge er im
Statut nirgends eine Bestimmung zu entdecken, wonach dem Vor-
stande das Recht zustehe, eigenmächtig einen Streik auszuheben.
Den Erklärungen einer so terroristischen Direktion, wie die des
Streikwerkes, könne man doch nicht ohne weiteres glauben. In
Frankfurt a. M. habe die Maßnahme des Hauptvorstandes große
Entrüstung ausgelöst, so daß wir alle Rufe hätten, die Leute
zu halten.

Rassatich (Vorstandsmitglied) gibt eine eingehende Schild-
erung der Mannheimer Differenzpunkte. Alle die hier erteilten Rat-
schläge seien schon vor Beginn des Streiks beachtet worden. Durch
das hartköpfige Verhalten der Direktion des Streikwerkes sei die
Situation herausgehoben worden. Als die Monopolstellung
dieses Werkes abließ, ging sie mit Lohnabzügen vor. Man war
sich sofort in den beteiligten Kreisen klar, daß es zum Kampf
kommen würde, obwohl auch Beschränkungen ausgesprochen wurden,
daß der Abwehlerkampf ergebnislos verlaufen würde. Aus taktischen
Gründen habe man diese Ansicht nicht laut werden lassen. Es
wurde damals auch gesagt, daß die Kollegen eventuell ohne Zu-
stimmung des Vorstandes in den Streik einzutreten würden, was ein
schlimmer Verstoß gegen die gewerkschaftliche Disziplin gewesen
wäre. Auch die Fische sagten, es wäre wohl wenig Aussicht auf
Erfolg, aber der Kampf müsse aufgenommen werden. Durch die
gemachten Zugeständnisse haben wir mehr herausgeholt, als Ein-
geweihte herausgeholt hätten. Solche Taktiker, die
sagen, die Aussperrung komme doch einmal. Den günstigen Zeit-
punkt für einen großen Kampf wählte man sich doch selbst! Die
in Betracht kommenden örtlichen Faktoren seien über den Stand
der Dinge wohl informiert gewesen, wie in Nr. 5 des Verbands-
organs nachzulesen sei. Es hätten dann der Oberbürgermeister
und der Gewerbeinspektor sich angeboten, die Vermittlung zu über-
nehmen, die zurückzuweisen keine Ursache vorgelegen habe. Die
dem Vorstande gemachten Vorwürfe seien haltlos. Um die an-
gedrohte Massenaussperrung abzuwenden, habe man sich zur Auf-
hebung entschließen müssen. Redner erörtert sodann die Diffe-
renzen in Stettin und bezeichnet das dort veröffentlichte Flugblatt
als Kollektivarbeit der Kollegen. Aus dieser Situation heraus sei
die Erklärung abgegeben worden, daß Streikunterstützung nicht
zur Auszahlung käme, falls die Kollegen bei ihrem Vorhaben be-
harrten.

Biller (Reinhardt) heißt das Vorgehen des Vorstandes gut;
diesem müßten in solchen Fällen die nötigen Nachbefugnisse zu
Gebote stehen.

Dedelmann (Frankenthal) vertritt die gleiche Ansicht und
schildert anschaulich die Mannheimer Vorfälle, die leider dazu ge-
führt hätten, daß Hunderte von Kollegen dem Verbands-Rücken
kehrten. Allerdings befinden sich viele Wilsäuler darunter, denen
dies ein willkommenes Anlaß war, sich der Beitragszahlung zu
entziehen. Ein Vorschlag, wie die unliebsamen Dinge anders
hätten behandelt werden müssen, sei hier auch nicht gemacht
worden.

Schilde macht am Schluß der Vorstandsitzung die traurige
Mittelteilung von dem Ableben des langjährigen Redakteurs der
„Holzarbeiterzeitung“, Deinhardt, dem er einen warmen Nach-
ruf widmet. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Dele-
gierten von ihren Plätzen. Zu der voraussichtlich in Hamburg
erfolgenden Beisetzung des Verstorbenen wird eine Delegation
des Verbandstages entsandt werden.

In der Nachmittagsitzung verbreitete sich
Boderich (Stettin) über die Aulast-Aussperrung und ihre
Ursachen. Durch die fortwährenden Eingriffe der Verbandsleitung,
welche die Mitglieder über die Sechsstunden-Abmachungen nicht
gründlich informiert habe, und das rigorose Vorgehen der Unter-
nehmer sei so große Erregung entstanden, daß dem plötzlichen
Befehl, in die Betriebe zu gehen, keine Folge geleistet wurde. Das
Flugblatt, in dem ohne vorherige Ankündigung die Unterstützung
entzogen worden sei, habe den Jörn aufs äußerste gesteigert. Nur
unter dem Zwange der Verhältnisse, nachdem hinter dem Rücken
der Vertrauensleute mit der Direktion verhandelt sei, hätten die
Rieter die Arbeit wieder aufgenommen.

Bezirksleiter Vorhölzer (Stuttgart) gab eine eingehende
Darlegung der Mannheimer Ereignisse. Im Falle Brown, Boveri
u. Co. habe man für seinen Rat kein Ohr gehabt. Für den viel-
erwähnten Vorwurf der Firma bestünde das ganze Material der
Arbeiter nur in unbewiesenen Behauptungen; die Bezirksleitung
habe rechtzeitig bei der Firma Protest erhoben. So hätten auch
1907 hinsichtlich des Akkorddienstes im Streikwerk die Rech-
nungen der Arbeiter nicht gestimmt. Diese hätten zum Teil
waghinnig gekostet und mit ihrer Arbeitskraft Schindluder ge-
spielt. Bei der letzten Bewegung hätten die Unternehmer trüchtere-
weise durch prinzipielle Festlegung sich den Weg zur Verständigung
verrammelt. Der Verband habe des moralischen Eindrucks wegen
Verhandlungen auf keinen Fall ablehnen dürfen. Nach diesen
hätten den Vertretern derselben Arbeiter gedankt, von denen sie
Tags darauf Verräter geschimpft wurden. In ihren Auffassungen
und Urteilen über die einzuschlagende Taktik hätten die Arbeiter
fortwährend stark geschwankt. Die Empörung sei in anarcho-sozi-
alistischen Flugblättern in schändlichster Weise künstlich geschürt
worden, gleichwohl sei den Arbeitern von Streikwerkarbeitern
geistlich Vorstoß geleistet worden, für einen Wilsä, der von
„gewerkschaftlicher Hungerpeitsche und Staatsstreik“ rede, seien
sogar Lokalkassengelder bewilligt. Die Konjunktur sei in unglaub-
licher Weise überschätzt. Alle Warnungen, das Rückgrat der Or-
ganisation zu schonen, einen geordneten Rückzug anzutreten, seien
in den Wind geschlagen, die Abstimmung bei der Entscheidung in
ungehöriger Weise beeinflusst, zur Besonnenheit mahnende Kol-
legen drangsalariert, die Leitung durch die Stadt verfolgt und mit
Steinköhlen beworfen worden. In der „Saalbau“-Versammlung
seien Rassatich und Vorhölzer am Sprechen verhindert,
und doch eine Resolution gegen ihre „Ausführungen“ angenommen.
Nach dem Kampfe sei „passive Resistenz“ durch Beitragsverweige-
rung zum Schaden des einzelnen und der Organisation geübt
worden. Eine Handvoll Praefektoren habe der Masse eine nicht vor-
handene Macht suggeriert. Demgegenüber müsse man besonnen
und sachlich nach bewährter Methode weiterarbeiten.

Höhr (Karlsruhe) bestritt dem Vorstande das Recht, ohne
Zustimmung der beteiligten Faktoren Lohnkämpfe auszuheben. Das
Selbstbestimmungsrecht müsse gewahrt werden.

Scheffler (Dresden) wies darauf hin, daß taktische Fragen
auch in anderen Verbänden eine Rolle spielen. Mißstimmung
werde oft fälschlich von Personen geschaffen, die sich einen Resonanz-
boden wünschten. In seinem Bezirk herrsche auch Unzufrieden-
heit, aber darüber, daß immer nur große Orte Lohnbewegungen
veranstalten, obwohl in den kleinen noch der Lohn 13—14 M.
betrage. Würde vor jedem Streik abgestimmt über doppelte Bei-
träge, dann würde die Streikstimmung oft wesentlich herabgedrückt
werden. Oft seien in Verhandlungen Lohnfragen halber Tausende,
die sich nie sehen ließen, wenn es gelte, Aufklärung zu erhalten.
Taktische Maßnahmen dürfe man in Rücksicht auf den Feind nicht
von vornherein aufdecken. Die Parole: „Alles oder nichts!“ sei
eine falsche. Sei der Feind stärker, müsse eventuell gewartet
werden. Der so scharfe Kritik über, wie Dittmann, dürfe sie der
anderen Seite nicht verwehren. Die Bezirksleiter seien nicht dazu
da, den Kollegen nach dem Runde zu reden, sondern sie zu schulen
und zu guten Kämpfern zu machen: durch Aufklärung. Bezirks-
konferenzen solle man nach Bedürfnis veranstalten.

Lehner (Braunschweig) meinte, man müsse den Mut haben,
den Kollegen in den Versammlungen auch Dinge zu sagen, die sie
nicht gern hören.

Cohen (Berlin): Auch bei den Hafen- und Fabrikarbeitern
Mannheims seien ähnliche Differenzen zu verzeichnen. All die
Sachen resultierten aus dem Hof gewisser Personen gegen die
Zentralverbände, Leute, von denen auch wohl die ominösen Flug-
blätter herrührten. Er warne davor, aus solchem Anlaß Gelegen-

heitsgesetze zu machen. Gewisser Intentionen wegen werde man
es doch nicht zu Massenaussperrungen kommen lassen! Das Wort
Demokratie könne man nicht ohne Vorbehalt anerkennen. Es sei
doch nicht undemokratisch, wenn Delegierte die Gesetze des Ver-
bandes machen und dem Vorstande die Ausführung der Beschlüsse
übertragen! Dittmann habe mit dem Ausdruck „Pratorianer“ eine
schwere Beleidigung geprägt. Sollte man das ernst nehmen? Ditt-
mann scheine sich nicht klar zu sein über die Bedeutung der ge-
werkschaftlichen Tätigkeit, sonst hätte er nicht von Sisyphusarbeit
geredet. Wenn unter der Krise eine Verschlechterung der Lebens-
lage der Arbeiterschaft hintangehalten sei, trotz der Schutz- und
Handelspolitik, so hätten die Gewerkschaften glänzend ihre Schul-
digkeit getan. Prinzipiell sei er der Ansicht, der Arbeitsnachweis
gehöre den Arbeitern; aber auch paritätisch geleitet, wie sie Süd-
deutschland habe, könnten segensreich wirken. Der Budgetartikel
würde besser unterbleiben; an sich sei die Sache nicht so schlimm.

Neunte ordentliche Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Hannover, 31. Mai.

Die Debatte über den Vorstandsbericht

nimmt den ganzen zweiten Verhandlungstag und einen großen
Teil des dritten in Anspruch. Man kritisiert unter anderem die
Art, wie die Anstellung verschiedener Beamten zustande kam.

Es wird eine Kommission gewählt, die über die Nachbewilligung
weiterer Streikunterstützung beraten soll; die Stimmung der
Generalversammlung ist für Ablehnung sämtlicher derartiger
Anträge. Ingesamt sprechen 52 Delegierte zu diesem Punkt, die
an der Haltung des Vorstandes, zum Teil auch an der Redaktion
die verschiedensten Ausstellungen machen. Hauptächlich hat der
Vorstande Girbig bei den vielen Lohnbewegungen es nicht allen
recht machen können. Reichstagsabgeordneter Genosse Horn
macht ebenfalls einige Ausführungen über seine Vermittlung beim
Streik in Alexanderhütte. Derselbe dauerte bereits 26 Wochen
und Horn fand eine Situation, in der er sich verpflichtet hielt,
eine Verhandlung zur Beilegung anzubahnen. Redner bemängelt
die viele Zeit, die der Vorstand zur Beantwortung der auf diese
Sache bezüglichen Briefe gebraucht.

Nach dem Bericht der Beschwerdekommision hält Gauleiter
Dirschel sein Referat über

Agitation.

Er äußert sich zunächst über die Frage der politischen
Neutralität. In dieser Beziehung müsse man den Arbeitern sagen,
daß die freien Gewerkschaftler Sozialdemokraten sind, aber auch
warum sie es sind. Die Arbeiter könnten ihre politische Ver-
tretung, wenn sie aufgeklärt werden, nur noch in der Sozialdemo-
kratie erblicken. Der Gewerkschaftsführer, der da ein Beschäftigt
treibt, schädigt die Arbeiterbewegung. Wir müssen da unseren
streifen Gegenstand zu den Christlichen erklären, die da sind, um
die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und für die bürgerlichen
Parteien politische Baharheit zu leisten. Was die einzelnen
Mittel der Agitation anbelangt, so habe die Erfahrung gelehrt,
daß die Erfolge großer Agitationstouren in unge-
kehrtem Verhältnis zu ihrem Kostenpunkte stehen. Der Referent
ist entweder gezwungen, tagelang mühsig zu liegen oder ungenügende
Besuch der Versammlungen und die Wirkung in solchen Fällen sind
moralische Niederlagen. Aber auch die Einzelversam-
lungen müssen viel besser vorbereitet werden. Es genügt nicht,
ein rednerisches Paradespede zu engagieren und dann sich auf
die Jungkraft des tönenden Namens zu verlassen; es genügt auch
nicht, daß der Redner in letzter Stunde erscheint und nach der Ver-
sammlung wieder den nächsten Zug zur Abfahrt benutzt. Der
Redner müsse sich vor seinen Ausführungen die Erforschung der
örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Pflicht machen. Ferner
müssen solche unverantwortliche Ratgeber, die den indifferenten
Arbeitern Hoffnungen erwecken, als ob sie in den ersten Wochen
ihrer Organisationszugehörigkeit schon eine doppelte Lohn-
erhöhung erringen könnten, aus der Agitation fernbleiben. Man
müsse die Ursachen eines Kredtschadens der Organisation, der
Mitgliederfluktuation, ergründen. Eine noch wichtigere
Aufgabe besteht in der Erforschung der Lohn- und Ar-
beitsverhältnisse. Eine Organisation, der die statistischen
Grundlagen fehlen, ist nicht imstande, den Kampf für die Arbeiter
wirksam führen zu können, sie läuft Gefahr, sich vor dem organi-
sierten Unternehmertum zu blamieren.

Ein weiteres wichtiges Agitationsmittel liege in den Ar-
beitsnachweisen. Durch diese müsse man Einfluß nicht nur
auf die Kollegen, sondern auch auf die Unternehmer gewinnen.
Der Arbeitsnachweis gehöre in die Hände der Arbeiter. Das Ar-
beitsnachweisbureau der Flaschenindustriellen ist ein Maßregelungs-
bureau schlimmster Sorte geworden.

Redner verbreitet sich dann über die Verantwortung und die
Aufgaben der Verbandsfunktionäre und Ver-
trauensleute. Weiter müsse man auf die Gewinnung der
Frauen und Kinderjährigen viel mehr Rücksicht
wenden. Bezüglich der Kinderjährigen, dann bezichtigen
wir auf den Nachwuchs, der immer frisches Blut in die alten
Gefäße der Organisation hineinbringt. — Nachdem Redner noch den
Wert der Branchenkongressen erörtert, schließt er unter
lebhaftem Beifall sein inhaltsreiches Referat.

Auf Antrag wird von einer Diskussion Abstand genommen, da
man sich mit den Zeitfragen des Referenten einstimmig einber-
standen erklärt.

Zur Verschmelzungsfrage.

zu der den Delegierten in mehreren Tabellen statistisches Material
vorliegt über die Verhältnisse des Glaser-, Töpfer- und Porzellan-
arbeiterverbandes, referiert Girbig (Berlin). Die drei Verbände
zählten 1908 circa 40 000 Mitglieder und brachten eine Einnahme
von über 935 000 M. auf. Girbig empfiehlt, sich in folgender Reso-
lution mit der Verschmelzung einverstanden zu erklären:

In der Erwägung, daß die Macht des Kapitals durch die sich
in fester Weise vollziehende Konzentration immer stärker wird
und die Organisationen der Industriellen sich zu mächtvollen
Arbeitgeberverbänden zusammenschließen, erachtet es auch die
9. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der
Glasarbeiter für erforderlich, diesen bereiten Anstrengungen
der Unternehmer einen stärkeren Ball entgegenzusetzen.

Aus diesem Grunde erklärt sich die Generalversammlung
mit der Verschmelzungsfrage im Prinzip einverstanden und
beauftragt den Verbandsvorstand, weitere Verhandlungen mit
den beiden Organisationen der Porzellanarbeiter und Töpfer
zu führen und der nächsten Generalversammlung darüber Bericht
zu erstatten.

Weiter erklärt die Generalversammlung ihr Einverständnis
damit, daß die nächste Generalversammlung unserer Organisa-
tion zu gleicher Zeit und an demselben Ort einberufen werden
kann, an dem die beiden anderen Organisationen ihre General-
versammlung abhalten.

Nach Girbig spricht der Vorsitzende des Töpferverbandes, Ge-
nosse Drunsel, in demselben Sinne. Die Debatte wird in
einer Abend Sitzung fortgesetzt.

Erster Deutscher Blindentag zu Dresden

Dresden, 2. Juni.

Nach 300 Blinde aus allen Teilen Deutschlands, Ostpreußen
und der Schweiz haben sich in Dresden im Saale des „Volkswohl“
zusammengefunden, um über ihre gemeinsamen Interessen zu be-
ratern. Eine Ausstellung, zum Teil von Erzeugnissen von
Blinden, zum anderen Teile das Unterrichtsweisen der Blinden
betreffend, ist mit dem Kongress verbunden. Mit der Leitung der

Freie Volksbühne

Im Neuen Schauspielhaus bis 8. Juni, abends 8 Uhr und Sonntag nachmittag:

Mahé Vaudeville mit Musik und Ballett von Walden und Schönau.
Titelrolle: Harry Walden.

Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung zum Umtausch spätestens am Tage nach der Juni-Generalversammlung abzugeben. Der letzte Abholungstermin für die neuen Mitgliedskarten ist der 5. August 1909. Ueber die bis zu diesem Tage nicht abgeholtten Karten wird anderweitig verfügt.
241/8 Der Vorstand: In Vertr. G. Winkler.

Schloß Weißensee

Heute Donnerstag, den 3. Juni:
Großes Konzert der Tropenkapelle
Direktor Mahmann.

Großer Erfolg!
Sudanese-Karawane.
Afrikanisches Dorf mit 45 Eingeborenen u. vielen Tieren. Großartige, nie gesehene Vorfahrungen um 4 u. 8 Uhr (Sonntags 11, 4, 8 Uhr) aus dem Leben der Afrikaner. U. a.: Fahrendes Volk im Sudan, Elefantenjagd, Frauenraub, Pferdehieb, Reitermanöver und Wettrennen. Unübertreffliche Reiterkünste des Beduinenmädchens Akri bent Kheis im Herrensattel! Im Bal champêtre: **Großer Frühlings-Hall.** Kaffeeküche 2 Uhr! Bootsfahrten! Schwebbahn! Volksbelustigungen aller Art! Anfang 3 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., Kinder 15 Pf.

Achtung! Diez' Jetzt nur Seeterrasse Lichtenberg
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Gr. Konzert und das größte, beste Programm Berlins
u. a.: Brother's Selbstg., unübertroffener fliegender Trapesist, H. G. Selter, Kalligraph (2 Damen, 1 Herr), Tarnseifenkünstler, Viktor Ritter, der unspürbare Hummel, Borgos u. Dörich, die best. Lott. Substanz usw. Im Saale: **BALL.** Anfang 4 Uhr. 15 Aderboote x Kaffeeküche x Volksbelustigungen x Vorzugarten gültig. Entree nur 20 Pf.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114
Heute Donnerstag, Erster Elitetag.
den 3. Juni 1909:
Gala - Spezialitäten - Vorstellung.
Großes Doppel- und Militärkonzert.
Anf. 5 Uhr. Im Rosen-Festsaal: **Gr. Ball.** Anf. 5 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorst. 5 Uhr, Konzert 4 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Elitetag, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Sängers“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Passage-Panoptikum.
Bis inkl. 7. Juni:
Volkstage!
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entree!
Die letzten weiblich. Azteken!

Schweizer - Garten
Am Königsforst, am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u. Spezialitäten - Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Eiliche Sonnabende an Vereine zu vergeben.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,
in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Apollo Theater
9 1/2 Uhr: Er
9 1/2 Uhr: Er mit
Hartstein
in der Doppelrolle.
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
U. a.: Jean Paul mit neuen Schlagern.
Nathal u. Palma!!! usw.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende Juni-Programm.
12 Variété- 12 Sensationen 12

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X Größtartige Spezialitäten! X
X Novität! X
Die Spreewald - Skate.
Gr. Musikanten-Volkstanz mit Gesang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.
Raffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Rastenaue 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

White City
Vergnügungs-Park
alt botan. Garten, Potsdamerstr. 75
(den ganzen Tag geöffnet).
Hervorragendes Orchester.
Heute Eliteabend.
Großes Konzert.
Gastdirigent:
Paul Lincke.
Eintritt 25 Pf. bis 5 Uhr.
Abends 50 Pf.

Damms Volkspark - Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich köstlich.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetl. geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemendosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112 (Amt 7, 3561).

Brennabor
Beste kleiner Wagen.
Einfache Handhabung.
Geringer Benzolverbrauch.
Große Schnelligkeit.
Preisverzeichnis kostenlos! 1909: 6 Starts, 6 erste Preise!
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
Filiale: Berlin W., Kronenstr. 11.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Dahlmann's Theater
Schönhauser Allee 148
Kantaten-Allee 27/28
Täglich:
Konzert, Theater, 12 Kunstspezialitäten.
Neu! Die Dallesprinzessin. Neu!
Volkstanz u. Ges. in 3 Akte, von Koch.
(Personal des Kasino-Theaters.)
Im Saale: **BALL.** Anfang 4 Uhr.
Größung der Kaffeeküche 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Kleganderstr.)
Täglich im herrl. Naturgarten:
Theater- und Spez. - Vorstellung.
Neu! Wem gehört die Frau! Neu!
Treffer in 1 Szene.
„Kunstst. u. Debut eines Komikers“
usw. usw. Anfang 1/2 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Nähe ob. Schärpe grat.

Wanzen
Schwaben, Russen, Flöhe,
Mücken, Blattläuse etc. werden durch meine unfehlbar wirkenden Spezialmittel nebst Brut vollständig vertilgt.
In Flaschen resp. Schachteln a 30 Pf., 50 Pf., 1,00 bis 3,75 M.
Zahlreiche lobende Anerkennungen.
1000 M. Belohnung
dem, der mir ein Nistloch nachweist.
Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 14.
Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Raten!
L. Matzner, Auguststr. 50.
Nur Vollkassa erbeten.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Am 29. Mai verstarb unser Mitglied, der Kollege
Adolf Heide
im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.
Ehre seinem Andenken!
100/3 Der Filialvorstand.

Nachruf.
Am 31. Mai er. verstarb unser lieber treuer Kollege, der Schlosser
Rudolf Neumann.
Wir verlieren an ihm einen braven, aufrechten Kollegen, der stets bereit war, für die Interessen seiner Kollegen einzutreten.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Firma 14482 J. Biehl.

Meinem verstorben nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, Onkel und Schwager, der Schneider
Wilhelm Möschke
im 61. Lebensjahre. 28896
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 5 Uhr von der Halle der Simeons-Gemeinde Brj aus statt.
Um stille Beileid bitte!
Die trauernde Witwe
Auguste Möschke.

Am 1. Juni, abends 9 Uhr, verstarb nach langem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treuherziger Vater und Schwiegervater, der Schriftföhrer
Paul Mahlendorf
im 48. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetäubt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Franz Alwine Mahlendorf geb. Lahmann.
Rixdorf, den 1. Juni 1909, Fuldastr. 55/56, Idealpassage 7.
Beerdigung von der Halle des Gemeinde-Friedhofes zu Rixdorf, findet am 4. Juni, 5 Uhr nachmittags statt.

Dankfagung.
Für die große Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen Teilnehmern, besonders seinen Kollegen und den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Bezirksvereins für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis meinen herzlichsten Dank.
Witwe Berta Gorgs nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwagers und Großvaters
Karl Hochheim
sagen wir allen Verwandten, Kollegen und Freunden unseren herzlichsten Dank.
Witwe Laise Hochheim geb. Greutz nebst Kindern.

Orts - Krankenkasse Weißensee.
Große öffentliche Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 11. Juni er., abends 8 Uhr, im Restaurant „Präsident“, hier, Ledbergstraße 122.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom V. Allgemeinen Krankenkassen-Kongress (Stellungnahme zu dem von dem Reichsamt des Innern veröffentlichten Entwurf einer Reichsversicherungsordnung.
2. Diskussion. 275/10
3. Beschlußes.
Sämtliche Interessenten, Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber, werden hierzu dringend eingeladen.
Weißensee, den 1. Juni 1909.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für den Gemeindefreizeit-Bezirk Weißensee,
F u r m a n n, Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 5439
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Sargmagazin
von G. Paschke,
Charlottenburg,
Leibnizstr. 77, Eing. Postamtstr.
Tel. 2633. — 9822

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel.
Bezirk Nr. 389.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler
Bernhard Borth
(Barnimstraße 11)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
218/8 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Stralauer Viertel.
Bezirk Nr. 334.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler
Paul Wende
(Münchberger Straße 21)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.
218/9 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 30. Mai, verstarb plötzlich am Herzschlag unser langjähriger Mitglied
Karl Brosch
im Alter von 52 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Weisenberger Gemeinde-Friedhofes, Rüdichstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
39/1 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Bruno Fiedler
am 1. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligens-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Otto Klein
am 28. Mai an Nervenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
117/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Polierer
Heinrich Zernikow
am 31. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Sd.-West-Kirchhofes in der Seelstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
85/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt
Karl Wilke
am 31. Mai nach langen schweren Leiden an Herzschwäche gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sd.-West-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Abfahrt 2 35 vom Bahnhof Charlottenburg.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
74/18 Die Ortsverwaltung.

Der Arbeiter-Turnerbund

hielt am den Pfingsttagen in Köln seinen neunten Bundes- turntag ab. Der im Druck erscheinende Geschäftsbericht, der sich auf zwei Jahre erstreckt, erzählt von erbitterten Kämpfen, die der Bund mit seinen bürgerlichen Gegnern und mit den Behörden zu führen hatte. Aber diese Widerstände haben die weitere Ausbreitung und die innere Erstarbung der Organisation nicht hemmen können; das geht am besten aus der Zunahme der Zahl der Vereinsangehörigen sowie der Leser des Bundesorgans hervor. Am Schlusse des Jahres 1906 waren dem Bund 1236 Vereine mit 97 765 Mitgliedern angeschlossen; diese Zahl stieg im nächsten Jahre auf 1489 Vereine mit 123 268 Mitgliedern und am Ende des Jahres 1908 waren es 1623 Vereine mit 135 828 Mitgliedern. Die wirtschaftliche Krise im vorigen Jahre hat also auch den Arbeiter-Turnerbund nicht verschont. Die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ hatte Ende 1908 92 118, die „Freie Turnerin“ 7070 Leser.

Der gebäufige, verkehrswidrige Kampf, den die Deutsche Turnerschaft gegen die Organisation der Arbeiterturner seit deren Bestehen geführt hat, nahm in der Verächtzeit an Schärfe ab; um so erbitterter sah man die Behörden, besonders in Preußen, gegen den Bund auftreten. Der Bericht sagt darüber: „Die Reaktion wittert mit Recht, daß in unseren Vereinen die Jugend zu freilebenden Männern und Frauen erzogen wird; wenn dies auch nicht im Sinne einer politischen Partei geschieht, so ahnt man doch instinktiv, daß einst die deutsche Arbeiterschaft die Früchte unserer Erziehung ernten wird. Daraus erklärt sich das von den preussischen Schulbehörden gegen unsere Turnvereine verhängte Verbot, der Jugend Turnunterricht zu erteilen, dem sich in den außerpreussischen Staaten ein Verbot an die Fortbildungsschüler gegen die Teilnahme an dem Turnunterricht unserer Vereine anschließt.“ In Berlin tobt der Kampf schon über ein Jahr, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Berliner Turngenossen hatten gepreßte Turnlehrer für die Schülerabteilungen angestellt, jedoch hat man auch diesen gut bürgerlichen Leuten den Unterricht untersagt. Neuerdings geht die Schulbehörde schon so weit, die jungen Leute unter 21 Jahren als schulpflichtig zu behandeln und die Erteilung von Turnunterricht an sie zu verbieten; sie stützt sich hierbei auf eine Kabinettsordre aus dem Jahre 1894 und auf eine Ministerialinstruktion aus dem Jahre 1899! Um allen Schülern zu entgehen, ist der Bundesvorstand dazu übergegangen, die Jugend zum Turnspiel zu sammeln.

In der Verächtzeit hat der Bund ein eigenes Geschäft zum Vertriebe aller für den Turnbetrieb notwendigen Mittel eingerichtet; das hat sich nötig gemacht, weil die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen allein nicht ausreichten, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Erwartungen, die bei der Gründung des Unternehmens gesetzt wurden, haben sich glänzend erfüllt, bei richtigem Ausbau wird dem Bunde daraus ein bedeutender Gewinn erwachsen. Das Vermögen des Bundes betrug am 1. Januar 1909 88 128 M., das Vermögen des Geschäfts, das im Jahre 1908 einen Gewinn von 13 805,21 M. brachte, 17 780,48 M. Bei der Zeitung wurde im vorigen Jahre ein Ueberschuß von 9275,77 M. erzielt.

Der Bundestag war von 116 Delegierten, 9 Vorstandsmitgliedern, 16 Kreisvertretern und 15 Kreisturnwarten besetzt. Der Schweizerische Turnerbund und der Arbeiterturnerbund „Solidarität“ hatten Vertreter entsandt. Der zweite Vorsitzende Steiner (Leipzig-Beuth) ergänzte den Bericht noch dahin, daß die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ fast eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht habe.

Einen breiten Raum in der Verächtzeit nahm die Angelegenheit des früheren Vorsitzenden Karl Frey ein.

Der Bundestag überwies den ganzen Fall zur genauen Prüfung des Materials einer Kommission.

Nach dem Bericht des turntechnischen Leiters Koppisch wurde beschlossen, im nächsten Jahre einen Turnlehrkursus auf Bundeskosten zu veranstalten, an dem die Kreisturnwarten und Bezirksvertreter teilnehmen sollen.

Dann wurde ein Antrag angenommen, beim preussischen Ministerium die Gewährung eines Zuschusses zur Abhaltung eines Vorturnerlagers zu beantragen mit Rücksicht darauf, daß der Deutschen Turnerschaft eine Subvention zu dem gleichen Zwecke bewilligt worden sei.

Auf die Tagesordnung des nächsten Turntages soll ein Vortrag über das Mädchen- und Frauenturnen gestellt werden.

Bei dem Bericht der Redaktion und der Prek-Kommission wurde beschlossen, Lotterieprospekte künftig nicht mehr beizulegen. Die turntechnischen Beilagen sollen in der bisherigen Form weitergeführt werden.

Bei den österreichischen Delegierten stieß der Wunsch der Bundesleitung, daß die Arbeiterturner Oesterreichs einen eigenen Bund bilden sollten, auf lebhaften Widerspruch. Es wurde beschlossen, die Abtrennung vom Deutschen Bunde noch hinauszuschieben.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages erstattete die Kommission über die Frey-Angelegenheit Bericht. Sie schlug dem Bundestag folgende Resolution vor:

„Es ist festgestellt, daß einige Handlungen des Turngenossen Frey in bezug auf die Uebertragung von für das Bundesgeschäft bestimmten Aufträgen an Privatleute nicht ganz korrekt sind. Sie sind aber nicht derart, daß sich daraus die scharfen persönlichen Aeußerungen gegen Frey, wie sie im Rundschreiben enthalten sind, rechtfertigen lassen. Nachdem über mehrere Punkte gegenseitige Aufklärung gegeben, nahmen beide Teile die gegenseitigen Beleidigungen zurück. Die Angelegenheit ist hiernächst als erledigt zu betrachten und erwartet der genannte Bundestag, daß sich beide Teile auch fernerhin in turngenösslicher Weise gegenübersehen.“

Diese Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit 145 gegen 9 Stimmen angenommen. Ein Delegierter und die Bundesverwaltung enthielten sich der Abstimmung.

Hierauf wurde noch folgende Resolution eingebracht: „Turngenosse Frey wird aufgefordert, auch fernerhin im Arbeiterturnerbund agitatorisch tätig zu sein.“ Für diese Resolution stimmten wiederum namentlich 78 Anwesende, dagegen 72; sie ist demnach angenommen. Fünf Delegierte und die Bundesverwaltung übten auch hier Stimmenthaltung.

Am dritten Verhandlungstage wurde der Bericht über das Bundesgeschäft entgegengenommen. Turngenosse Wachhaus führte dazu aus, daß das Unternehmen sich außerordentlich gut entwickle, allein in den letzten drei Monaten sei der Umsatz wieder um 85 Proz. gestiegen. Das Geschäft soll weiter ausgebaut werden, so daß es allen Anforderungen der Bundesvereine Rechnung tragen könne.

Zum Unterstützungswesen wurde folgender Antrag Bildung angenommen: „Zur Durchführung der außerordentlichen Unterstützung wird ein einmaliger Beitrag von allen Bundesmitgliedern über 14 Jahre am 1. Januar 1910 erhoben. Der so erlangte Fonds wird durch einen einmaligen Zuschuß aus der Bundeskasse auf die Höhe von 20 000 M. gebracht. Ergänzt wird der Fonds durch die Eintrittsgelder der neu eintretenden Mitglieder (§ 14 Abs. a V-St.) und von 1911 an durch einen jährlichen Zuschuß der Bundeskasse in Höhe von 2000 M.“ Der Fonds dient zur Unterstützung aller außerordentlichen Unfälle nach den Bestimmungen im § 25 des Bundesstatuts.

Die Kosten des Bundesturntages werden in Zukunft vom Bunde bestritten. Auf je 1500 Mitglieder entfällt ein Delegierter; die Wahlkreisabteilung nehmen die Kreisvorstände im Einverständnis mit den Bezirksleitungen vor. Der Bundesbeitrag wird von 1911 ab auf 25 Pf. erhöht.

Weiter wurden in die Statuten Bestimmungen über die Regelung der Unterstützungen bei Unfällen mit schweren Folgen aufgenommen.

Ueber die Höhe der Unterstützungen, auf die ein klagbares Recht nicht besteht, entscheidet der Bundesvorstand.

Ferner wurde beschlossen, alljährlich besondere Konferenzen für die Kreisvertreter abzuhalten. Ueber die Verpflüchtung der Turnvereine in verschiedenen Städten wurde lebhaftest Klage geführt; ein Antrag fand Annahme, wonach bis zum nächsten Turntage zwischen den Vereinen Verschmelzungsverhandlungen stattfinden sollen; der Bundestag wird dann darüber entscheiden. Die Verlegung des Sitzes des Bundes von Leipzig wurde abgelehnt.

Zum Vorsitzenden des Bundes wurde Harnisch gewählt, zum Kassierer Wachhaus, zum technischen Leiter Koppisch, zum Redakteur Bildung, zum Sekretär Dietrich, zum Obmann des Ausschusses Klägel, Dresden.

Hierauf hielt der technische Leiter Koppisch einen sehr interessanten Vortrag über das deutsche Turnsystem, seine körper- und geistbildende Bedeutung für die Arbeiterschaft.

Weiter wurde beschlossen, noch einmal eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob den Kreisen die Abhaltung von vollständigen Wettturnen zu überlassen sei.

Gegen die Jugendturnverbote durch die Behörden wurde eine Resolution angenommen, ebenso zur Unterstützung der Jugendbewegung.

Der nächste Bundesturntag findet in Braunschweig statt. Im Jahre 1912 veranstalten die süddeutschen Kreise in Nürnberg ein deutsches Arbeiterturnfest.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Die am Freitag, den 4. Juni, stattfindende Mitglieder-versammlung findet nicht, wie gestern mitgeteilt wurde, im Lokale von Soele, Alt-Stralau 5, sondern in der „Perle“, Alt-Stralau 21, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Berichte. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Für die Dienstmädchen

hat der Berliner „Verband der Hausangestellten“ am 1. Juni eine Zufluchtsstätte eröffnet, in Verbindung mit dem neuen Bureau, Michaelstraße 1, vorn 2 Treppen. Der Rat und Vorstand in irgend welchen das Dienstverhältnis betreffenden Angelegenheiten braucht, wende sich dorthin. Besonders solchen Mädchen, die plötzlich ihre Stellung verlieren und ratlos und hilflos dastehen, ist zu empfehlen, sich zuerst nach dem Verbandsbureau zu begeben, ehe sie auf geratewohl eine neue Stellung annehmen. Es ist ein Hauptziel im Dienstmädchenberuf, daß das Mädchen mit dem Verlust ihrer Stellung zugleich obdachlos wird. Und da die Mädchen in der Regel nur über geringe Mittel verfügen, sind sie darauf angewiesen, möglichst schnell eine neue Stellung anzunehmen. Sie lassen sich nicht Zeit, die Stellenanzeigen auszuwählen, sie können nicht drücken, ob sie z. B. einen anständigen und gesunden Schlafraum erhalten werden, oder ob der gebotene Lohn der Arbeit angemessen ist. Das erfahren sie erst später und oft zu ihrem Schaden. Da ist es für die Mädchen von großem Wert, eine Zufluchtsstätte zu haben, wo man ihnen Unterstützung nachweist, wo sie ihre Sachen vorübergehend aufbewahren können und wo sie in einem Leseraum sich aufhalten können. Die erfahrene Leiterin des Bureau, Frä. Amalie Krundt, erteilt gern Rat und Auskunft, wo es gewünscht wird. Das Bureau ist geöffnet an den Wochentagen von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags, an jedem Mittwoch von 6 bis 10 Uhr abends. In den Arbeiterfamilien, aus denen doch die meisten Dienstmädchen hervorgehen, sollte man mehr als bisher dahin wirken, daß die Mädchen sich ihrer Organisation, dem Verband der Hausangestellten, anschließen.

Kindermilch für die städtischen Waisenhäuser und die Säuglingsfürsorgestellen will die Verwaltung der städtischen Güter liefern. Schon jetzt liefern die städtischen Güterverwaltungen an die verschiedenen städtischen Heimstätten, Erziehungsanstalten und an die städtischen Anstalten in Buch die benötigte Milch und sind nach bedenklicher Fertigstellung des auf dem Gute Albershof neuerbauten Kuhstalles in der Lage, auch die Waisenverwallung mit der erforderlichen Säuglingsmilch zu versorgen. In Betracht kommen die Waisenhäuser in Berlin und Kummelsburg, das Erziehungsheim in Lichtenberg sowie das Kinderasyl und die Säuglingsfürsorgestellen in Berlin. Es wird beabsichtigt, auf dem Gute Albershof eine Musteranrichtung zu schaffen, die es ermöglicht, annähernd freie Milch zu gewinnen. Die Einrichtungen sollen für etwa 200 Kühe getroffen werden, so daß bei einer Produktion von nur 10 Liter für die Kuh täglich 2000 Liter gewonnen würden, eine Menge, die für die gesamten Anstalten ausreichen und es auch ermöglichen würde, eventuell mit dem Ausschank von Milch an die Arbeiter in den städtischen Werkbetrieben einen Anfang zu machen. Beabsichtigt ist die Lieferung für die Säuglingsfürsorgestellen vom 1. September, für die übrigen Anstalten vom 1. Juli 1909 ab. Für die entsprechenden Einrichtungen, wie Tiefkühlkranz, transportabler Milcherhitzer nebst Hebevorrichtung, Flaschenförbe, Flaschen, Kühlkasten, Eisenbahnspezialwagen, 4 Stadtmilchwagen verlangt der Magistrat 25 000 M. bewilligt. Man kann sich nur freuen, daß die Waisenverwallung in Gemeinschaft mit der Verwaltung der städtischen Güter endlich diesen Weg beschritten hat.

Ein Erinnerungsgeld für die Berliner Feuerwehr hat der Kaiser gestiftet. Das Zeichen hat Medaillenform und soll für treue Dienste und Pflichterfüllung im Feuerlöschwesen verliehen werden an Beamte der Wehr, die länger als 25 Jahre wader ihren Mann gestanden haben. Gestern wurde dieses Zeichen auf dem Grezgerhofe der Hauptfeuerwache unter den üblichen Zeremonien verteilt.

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten.

Von amtlicher Seite wird mit Rücksicht auf die Präfung der Scharlach- und Diphtheritis-Erkrankungen in Berlin darauf hingewiesen, daß dem Publikum die Bestimmungen über die Ausführung der Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten wenig bekannt zu sein scheinen.

Eine polizeiliche Anordnung vom 13. Dezember 1905, die auf gefeglichen Bestimmungen beruht, legt für Berlin fest, bei welchen ansteckenden Krankheiten eine Desinfektion (sogenannte Schlupfdesinfektion) stattzufinden hat, sobald die erkrankte Person genesen oder gestorben ist, oder aber die Wohnung gewechselt hat oder in ein Krankenhaus übergeführt worden ist. Die Anordnung bestimmt ferner, daß dem zuständigen Polizeibeamten, damit die Desinfektion ausgeführt werden kann, sofort von der Genesung oder dem Tode, oder aber dem Wohnungswechsel der erkrankten Person oder deren Ueberführung in ein Krankenhaus Mitteilung zu machen ist.

Die Bestimmungen gelten für Ausfall (Vepra), Cholera, Fleckfieber, Pest, Pocken, Diphtherie, übertragbare Genickstarre, Wadenbett- (Kindbett-) Fieber, Milchsaugfieber, übertragbare Ruhr, Scharlach, Typhus sowie für Milzbrand und Rost bei Menschen.

Die Desinfektion gilt nur als ausreichend, wenn sie durch die städtischen Desinfektions-Anstalten und deren Beamte vorgenommen ist.

Von Seiten des Publikums beigebrachte ärztliche Mitteilungen, daß nur ein leichter Fall der Krankheit vorgelegen habe und daß deswegen von der Desinfektion abgesehen werden könne, befreien nicht

von der polizeilichen Desinfektion, da auch ein leichter Fall ansteckungsfähig ist.

Außer dieser sogenannten Schlupfdesinfektion hat noch während der ganzen Dauer der Krankheit, damit die Verschleppung von Krankheitskeimen verhindert wird, eine Desinfektion am Krankenbett stattzufinden. Dem Haushaltungs-vorstande wird in jedem Fall einer ansteckenden Krankheit vom Polizeibeamten eine gedruckte Anweisung ausgehändigt, die das Nähere über die Ausführung der Desinfektion enthält.

Ein Massenprotest der Gastwirte gegen den Nachfolger Ernst Zielow in Heiligensee a. S. Die Schmutzereien in dem Fahrrestaurant von Ernst Zielow in Heiligensee, die kürzlich durch die Gerichtsverhandlung aufgedeckt wurden, haben dem Pfingstbesuch in Heiligensee bedeutenden Abbruch getan. Die Heiligenseer Gastwirte hatten in der Besürdung, daß sie durch die Manipulationen des Zielow Schaden erleiden, Klage zum Ausschank gebracht, in denen sie jede Gemeinschaft mit ihm ablehnten. Der Zielowische Betrieb war ziemlich lahmgelegt. Die Dampferpassagiere benutzten das Lokal nur als Durchgang, ohne sich weiter aufzuhalten. Nur Unwissende ließen sich in dem Garten nieder. Zielow sieht übrigens seinen Ruin vor Augen, denn er hat sein Etablissement zum Verkauf gestellt.

„Nicht so wie in Heiligensee bei Ernst Zielow!“ — das war an den Pfingstfeiertagen die Parole der Gastwirte der Sommerlokale an der Obersee. Zielow hatte man Schilber mit obiger Aufschrift angebracht, um dem Publikum keinen Zweifel an der Sauberkeit des Betriebes auskommen zu lassen. Einige Gastwirte gaben durch Klage der Witte Ausspruch, die Klagen- und Keller-einrichtungen zu besichtigen. Ein geflügeltes Scherzwort an die Kellner ist: „Herrschen hier auch nicht Zielowische Manieren?“ Auf dem deutschen Gastwirtstage, der in diesem Monat in Kiel zusammentritt, wird die Affäre Ernst Zielow Gegenstand eines besonderen Punktes der Tagesordnung bilden. Man will durch einen Massenprotest vorbeugen, daß die gesamten deutschen Gastwirte für das unqualifizierbare und schamlose Vorgehen des Ernst Zielow büßen müssen.

Vom Auto überfahren wurde Dienstag nachmittag der siebenjährige Schulknabe Frey Knop vor dem elterlichen Wohnhause Perleberger Straße 58. Mit inneren Verletzungen — die Wäber waren ihm über den Unterleib gegangen — brachte man ihn zum nächsten Arzt und dann in die eiterliche Wohnung. Gestern erlitt der Schulknabe Hans Buchholz, Sohn des Banbeamten Buchholz aus der Drogenstraße 140, dasselbe Geschick. Der Kleine hatte einen Straßenbahnwagen verlassen und wollte über den Platz schreiten. Er überfuhr wohl dabei das Herannahen eines Privatautomobils und wurde umgerissen. Die Räder des schweren Kraftwagens gingen dem Bedauernswerten über beide Oberarmen hinweg. In einem Krankenzimmer wurde B. nach dem Krankenhaus Noabit geschafft.

Von einem Steinwagen überfahren wurde gestern nachmittag vor dem Hause Reinholdsdorfer Str. 42 ein zweijähriges Mädchen, das über die Straße lief. Das Kind geriet so unglücklich unter die Räder, daß es sofort tot war.

Ein Leichensund auf dem Tempelhofer Felde ließ gestern das Gerücht von einem Mord entstehen. Auf dem Dreieck westlich vom Viktoriapark zwischen der Kreuzberg-, Kagbach- und Dreilindstraße fand der Garnisonwächter gestern früh die Leiche eines Mannes, in dem später ein am 10. August 1898 geborener Maurer Friedrich Hagen aus der Gneisenaustraße festgestellt wurde. Der Tote lag ungefähr in der Mitte des Geländes auf dem Rücken. Um seinen Hals war eine starke zusammengelegte Schnur geschlungen, die einen tiefen Eindruck hinterlassen hat. Ueber dem Rücken liegt der Kräftstock des Mannes so, als ob er zum Anurkeln der Schnur gebraucht worden wäre. Dieser Befund legte dem Bedanken nahe, daß der Mann ermordet worden sein kann.

Untersuchungen haben aber ergeben, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Der Gerichtsarzt Dr. Strauch, der mit dem Chef der Kriminalpolizei Oberregierungsrat Hoppe und dem Staatsanwalt Berlin die Leiche eingehend besichtigte, kam zu dem Ergebnis, daß nach dem Befund an der Leiche ebenso gut ein Selbstmord als ein Mord vorliegen kann. Selbstverletzungen sind in der Kriminalliteratur zwar nicht sehr häufig, aber durchaus nicht unbekannt. Dr. Strauch zeigte selbst, wie sich der Spazierstock zum Andrehen des Strides benutzen ließe. Gegen einen Mord spricht, daß bei der Leiche noch das Portemonnaie mit vier Pfennigen, Messer, Spiegel und dergleichen gefunden wurden. Das sind zwar alles Kleinigkeiten, aber für die Penner, die sich dort auf dem Felde herumtreiben, haben sie doch noch ihren Wert. Die Kriminaldiensthunde fanden auch keine Spur.

Daß sie Bitterung aufgenommen hatten, zeigte später „Prinz“, als ein Kriminalwachmeister von einem Ermittlungsgange zurückkehrte. Der Beamte trug, ohne daß jemand es wußte, die Papiere des Toten, die er in den Taschen gefunden und für seine Nachforschungen gebraucht hatte, bei sich. Als er nun zurückkehrte, stellte ihn „Prinz“ sofort für einen Selbstmord wurden bald auch bestimmte Anzeichen ermittelt. Hagen hatte seit Jahren schon nicht mehr arbeiten können und war mittellos. Seit Oktober vorigen Jahres wohnte er in der Wittenwalder Straße 64 bei dem Tapezierer Sauer, der ihm für seine Rente fast den ganzen Lebensunterhalt gewährte. Der alte Mann, der auch noch auf dem linken Auge fast erblindet war, klagte oft über seine Lage und sagte, daß er ins Wasser gehen oder sich aufhängen werde. Einem Schwanke gegenüber beklagte er sich auch über seine Kinder. Dienstagmorgen verließ er um 8 Uhr seine Wohnung. Wie er sagte, wollte er zur Berufsgenossenschaft gehen und sich um eine höhere Rente bewerben. Bald darauf sprach er von dieser Absicht und seinem Lebensüberdruß auch noch zu einem Bekannten an der Ecke der Gneisenau- und Vellealliance-Straße. Seitdem hat man ihn nicht mehr gesehen, bis ihn der Garnisonwächter Frank tot auffand. Die Leiche lag in dem hohen Gras, das nicht zertreten war, ein Umstand, der ebenso für einen Selbstmord spricht wie die Feststellung, daß die Schnur von dem Tapezierer Sauer stammt. Ob Hagen bei der Berufsgenossenschaft gewiesen ist und vielleicht einen ungünstigen Bescheid bekommen hat, weiß man noch nicht. Wahrscheinlich hat er sich Dienstag abend nach Eintritt der Dunkelheit hängend erschossen. Die Leiche wurde nach Aufnahme des Befundes von Kriminalbeamten des Erkennungsdienstes photographiert und dann nach dem Schauhause gebracht.

In den Fahrstuhlschacht gestürzt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag im Hotel Kakanischer Hof in der Königsgräber Straße zugetragen. Der 19jährige Fahrstuhlführer Karl Nippling hatte in der Höhe des dritten Stockwerks den Fahrstuhl reparieren wollen. Während er an der Außenwand des Bodens des Tragekorbes herumkletterte, trat er unwillkürlich in den Schacht und stürzte in die Tiefe. In bewußtlosen Zustande wurde der Verunglückte nach der Rettungswache in der Köpenickerstraße gebracht. Er hatte schwere innere Verletzungen sowie einen Oberarmbruch erlitten. Nach Anlegung von Notverbänden fand R. im Krankenhaus Noabit Aufnahme.

Wegen Kindesmordes ist die Dienstmagd Luise Reck, die seit anderthalb Monaten bei dem Geheimen Kanzleirat Ernst in der Großbeerstraße 88 in Stellung war, verhaftet worden. Die 29jährige Magd erkrankte am Freitag vor Pfingsten und wurde nach der Charité gebracht. Hier entdeckte man, daß sie geboren hatte. Nachforschungen in der Wohnung förderten dann auch das tote Kind zutage. Die Mutter hatte es nach der Geburt erschossen und im Wäschekorb versteckt. Auf Grund dieser Ermittlungen wurde über sie die Untersuchungshaft verhängt.

Zusammenstoß zweier Dampfer auf der Oberspree. Auf der Oberspree ereignete sich Dienstagnachmittag unmittelbar vor dem Restaurant Kaffeehaus ein Zusammenstoß zweier Dampfer. Der Personendampfer „Moland“ der Rismerschen Reederei hatte seine Passagiere am Restaurant Kaffeehaus angelassen und schied sich an, kehrt zu machen, um die Rückfahrt nach Berlin anzutreten. Im selben Augenblick kam der Dampfer „Woltersdorf“ in derselben Richtung herangefahren. Der „Moland“ gab sofort ein Signal, nach dem der „Woltersdorf“ rechts fahren sollte. Dieser konnte das Signal nicht mehr beachten und fuhr dem „Moland“ direkt in die Flanke hinein. Es entstand ein großes Loch in der Flanke des „Moland“, der nun sofort seine Weiterfahrt einstellen mußte. Passagiere waren auf dem beschädigten Dampfer nicht anwesend. Die Strompolizei führt die Untersuchung, welchem von beiden Dampfern die Schuld an dem Zusammenstoß trifft.

Gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr stieß der Sternendampfer „Kurt“ an der Schillingstraße mit einer beladenen Zille zusammen. Der Dampfer erlitt an Hinterdeck schwere Beschädigungen; zwei Damen wurden an der Brust und am Gesicht verletzt. Der Dampfer wurde in Treptow aus dem Verkehr gezogen.

Im Müggelsee aufgesicht wurde gestern früh die Leiche des Referendars Dr. Kurt Schabenberg, Sch. trat im Prozeß Igel als Zeuge für Igel auf; er gehörte zu jener Gesellschaft, die in Dranienburg mit dem von Igel erschossenen Steinsechmeister Marxner zusammengeriet. Wie der Befund ergab, hat Schabenberg sich in einem Kuderboot erschossen und ist dann über Bord ins Wasser gesprungen.

Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Rungstr. 25/27, ist im Monat Mai von 8803 Personen besucht worden. In der Lesehalle wurden außer Zeitungen und Zeitschriften 651 Bücher gelesen; nach Hause entliehen 3084 Bände, zusammen 3735, von denen 1176 wissenschaftlichen oder belehrenden Inhalts waren.

Die Lesehalle ist werktäglich geöffnet von 12—3 Uhr mittags, 6—10 Uhr abends, Sonntags von 1/2 10—1 und 5—10 Uhr.

Radsport zu Treptow. 1. Juni. Das seit Jahren traditionell am dritten Pfingsttage stattfindende Radau-Robbi-Stellbrink hatte auch diesmal dem Sportpark Treptow einen sehr guten Besuch zugeführt. Leider verlief der Kampf nicht einwandfrei, denn beide Fahrer hatten unter den Räder ihrer Motoren zu leiden; doch konnte man nicht umhin, Stellbrink als seinem Gegner überlegen anzusehen. 1. Lauf (10 Kilometer) 500 und 300 M. 1. Stellbrink in 9 Min.; 2. Robbi, 100 Meter zurück. Ein Versuch Robbi, in der 25. Runde an Stellbrink vorbeizugehen, wird abgewiesen. — 2. Lauf (20 Kilometer) 500 und 300 M. 1. Stellbrink in 17 Min. 27/4, Sel.; 2. Robbi, 8 Runden vor Schluss wegen Motorschaden aufgegeben. — 3. Lauf (30 Kilometer) 1000 und 800 M. 1. Robbi in 28 Min. 40/4, Sel.; 2. Stellbrink, 70 Meter. Robbi wird schon in der dritten Runde von Stellbrink überholt; in der 53. Runde erleidet letzterer Motorschaden, wodurch er zwei Runden einbüßt, doch holt er wieder auf, so daß er nur 70 Meter hinter Robbi endet. — Gesamtleistung: 1. Stellbrink 59,930 Kilometer; 2. Robbi 57,070 Kilometer. — Der Große Pfingstpreis für Flieger über 1200 Meter (90, 80, 70, 10 M.) wurde von Bruno Wegener vor Fr. Hoffmann, Pawle und Gangeboort gewonnen. — Im Prämiensahren über 5000 Meter (20, 15, 10 M.) siegte Wegener gleichfalls vor Schmittchen und Pawle. Rundenprämien a 5 M. gewonnen: Sterba (2), Hoffmann, Göbe und Pawle je eine.

Zeugen gesucht! Personen, die gesehen haben, wie am Freitag, den 28. Mai d. J., abends zwischen 1/4 und 1/8 Uhr, in der Landsberger Straße an der Riehmstraße ein Radfahrer von einem Omnibus überfahren wurde, werden um Adressenangabe gebeten an H. Lehmann, Landsberger Allee 135 II.

Wer kennt den Toten? Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Die am zweiten Pfingstfeiertage in der Nähe des Damenfreibades zu Wannsee gelandete männliche Leiche ist noch nicht rekonstruiert. Es wird deshalb nochmals das genaue Signalement und eine Beschreibung der Kleider des Unbekannten bekannt gegeben. Signalement: Jura 45 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, dunkelblondes kurzgeschneitens Haar, rötlicher Schnurrbart, Kleidung: leichter grauer Jacketanzug, weiße wollene Unterhose, weiß-leinene Hemd, blaues, schwarzgestreiftes Oberhemd, weißer Umlegekragen, hellgemusterte blaue Kravatte, braune Strümpfe, schwarze Schnürstiefel, schwarzer steifer Hut mit Firma R. E. Schmidt, Berlin, Aufschrift. 43. Bei der Leiche gefunden: Ein braunes Portemonnaie mit 5,60 M., eine Brieftasche, eine Aideluhr mit schwarzer Schür, ein Siegelring ohne Stein, ein Verlobungsring mit Gravierung, Christina 23. 9. 95. Rekonstruieren wollen sich beim Herrn Amtsvorsteher zu Forsthaus Brunenwald bei Bellenhof melden oder schriftlich Nachricht zu 2134 IV/21. 00 an die Kriminalpolizei Berlin geben.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission berichtete der Vorsitzende zunächst über die von der Kommission einberufene Rat-versammlung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Besuch durchaus zufriedenstellend gewesen, und daß die Versammlung recht wichtig verlaufen sei. Für notwendig erachtet muß jedoch werden, daß die Gewerkschaften sich mit der Frage der Ratseier schon rechtzeitig beschäftigen mögen, damit die Delegierten zum Gewerkschafts-sonntag frische für die Ratseier eintreten könnten und nicht dehn- bare Beschlässe zustande kämen.

Hierauf wurde über die Deputation für die Verwaltung des Städtischen Arbeitsnachweises ein Bericht gegeben. Der Obmann teilte mit, daß der Magistrat beschäftigt, den Namen der Deputation, welcher in Zukunft außer dem Arbeitsnachweis noch verschiedene andere Einrichtungen, wie der Unterkunftsraum, die Auskunftsstelle, das Lehrstufenwesen und später die Arbeitslosenversicherung usw. unterstellt werden sollen, zu ändern. Vorgezeichnet wurde unter anderem als Benennung „Soziales Amt für Schöneberg“, jedoch scheuten die der Deputation angehörige Arbeitgeber schon vor dem bloßen Wörtchen „soziales“ zurück. Die Gewerkschaftskommission gab ihren Vertretern in der Deputation mit auf dem Weg, daß der Name gleichgültig sei, die Hauptsache sei, daß die Deputation etwas Tüchtiges leiste. Lebhaft wurde Beschwerde darüber geführt, daß die städtischen Behörden die Arbeiter, die sie bei der Strohrenreinigung, der Kanalisation und an anderen Stellen verwenden, nicht dem städtischen Arbeitsnachweis entnehmen, sondern eigene Listen führen, wodurch der Wünstigungsindustrie Tür und Tor geöffnet wird. Genosse Hensel hat daher in der Arbeitsnachweisdeputation den Antrag eingebracht, daß die Behörden verpflichtet sein sollen, mindestens 50 Proz. aller Eingestellten dem städtischen Arbeitsnachweis zu entnehmen. Interessant und bezeichnend für die Auf-fassung, die die der Deputation angehörigen Arbeitgeber von ihren Pflichten haben, ist, daß von diesen in der letzten Sitzung sogar auf den Arbeitsnachweis der Brauer- und Zimmermeister hin-gewiesen wurde.

Der Unterkunftsraum ist in diesem Jahre bedeutend stärker in Anspruch genommen worden als in früheren Jahren. Stadtrat Walger hat in der Deputation den als ganz verfehlt anzusehenden Antrag gestellt, von dem Besuch des Unterkunftsraumes die Jugendlichen bis zu 18 Jahren auszuschließen. In der Gewerkschaftskommission sprach man sich darüber aus, wie bitter lächerlich den Jugendlichen hierdurch getan würde, da diese zum größten Teil in Schlafstellen wohnen und durch eine solche Maßnahme gezwungen würden, den Tag über in Kneipen zuzubringen. Da es den Genossen bekannt ist, daß die Unterkunftsstelle verschiedenen Herren schon lange ein Dorn im Auge ist, so sehen sie in dem Vorschlag nur das Bestreben, den Besuch der Räume einzuschränken, um später sagen zu können, die Räume wären überhaupt nicht notwendig.

In der Sitzung fehlten die Vertreter der Brauereiarbeiter, Gas-anstaltsarbeiter, der Gärtner und der Schuhmacher.

Charlottenburg.

Mit einem Doppelselbstmord endete gestern eine Liebesgeschichte in der Schlüterstraße. Dort vergifteten sich der 22 Jahre alte ungarische Student D. und seine Geliebte, die 18 Jahre alte Verkäuferin W. Um 9/10 Uhr hörte die Wirtin des D. ein schweres Nöckeln. Der Pförtner, den sie benachrichtigte, brach mit Gewalt die Tür auf und fand die jungen Leute betäubungslos auf. D. lebte noch, während seine Geliebte schon tot war. Auch er starb nach kurzer Zeit. Beide hatten Gift genommen. Die Leichen wurden beschlagnahmt und um 8 1/2 Uhr nachmittags nach dem Schau-hause gebracht.

Rigdorf.

Einen traurigen Abschluß sollte eine Pfingstfahrt finden, die die hiesige freie Turnerschaft unternommen hatte. Die Mitglieder der Vereinigung waren auch nach Joachimsthal gefahren und hatten in dem nahen Werbellinsee ein Bad genommen. Einer der jungen Leute wurde im Wasser plötzlich von einem Wadenkrampf befallen, und ehe ihm seine Kameraden zu Hilfe kommen konnten, war er untergegangen und ertrunken. Bisher konnte die Leiche des Er-trunkenen noch nicht gelandet werden.

Wilmerdorf.

Der Konkurrenzkampf, den die westlichen Vororte wegen des Bauens von Sch n e i l b a h n e n führen, ist durch einen am Mittwoch-abend von der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluß in ein neues Stadium gerückt. Bekanntlich will die Stadt Charlottenburg die geplante Untergrundbahn Dahlen-Wilmer-dorf-Wittenbergplatz nicht durch ihr Gebiet gehen lassen; vielmehr ist sie mit dem selbständigen Projekt des Bauens einer zweiten von Berlin nach Charlottenburg führenden Bahn hervor-getreten. Dieser Konkurrenz sucht Wilmerdorf nun durch den gestern gefassten Beschluß zu begegnen. Es soll danach mit dem bereits eingeholten Einverständnis der Gemeinden Brunenwald und Schmaragdort eine neue zweite Bahn gebaut werden, die diese Gemeinden über den Kurfürstendamm hinweg mit Berlin verbindet. Lieber die Kosten des Baues, dessen Endstelle in Berlin noch gar nicht feststeht, mußte Stadtbaurat Müller zu melden, daß er vom Wittenbergplatz und Henriettenplatz in Halensee sich auf etwa 14 1/2 Millionen Mark stellen werde. Man begt in der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung die wohl ziemlich vage Hoffnung, daß Charlottenburg sich entsprechend an den Kosten beteiligen und so zur Schaffung eines von den westlichen Vorortgemeinden ins-gesamt zu betreibenden Schnellbahnverkehrs beitragen werde. Aus den weiteren Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung sei noch die Annahme eines Magistratsantrages erwähnt, wonach zur Bekämpfung der Schuldliteratur jeder Gemeindefonds ein Bibliotheksfonds von 200 M. zugewiesen werden soll.

Steglitz.

Der Auktions-Ladenschluß wird nunmehr auch in unserem Ort eingeführt. Laut amtlicher Bekanntmachung müssen vom 15. Juni ab die Geschäfte um 8 Uhr geschlossen werden mit Ausnahme der Sonnabende.

Pankow.

Ueber Nationalökonomie referierte in der letzten Mitgliederver-sammlung Genosse Denker-Waldmanns Lust. Im Anschluß hieran erstattete Genosse Heurich den Kassenericht. Genosse Jaz berichtete von der Preiselkonferenz, desgleichen forderte er die Genossen auf, mehr die Lokalität zu beachten, da verschiedene Genossen in ge-sperrten Lokalen verkehrten. Als Bezirksführer für den 4. Bezirk wurde Genosse Heurich gewählt. Ein Antrag, daß als Funktionäre nur solche Genossen wählbar sein sollen, welche mindestens zwei Jahre der Partei angehören, gab zu einer sehr lebhaften, zum Teil erregten Aussprache Veranlassung, er wurde schließlich abgelehnt.

Weißensee.

Umfangreiche Kanalisationsarbeiten sollen noch in diesem Jahre ausgeführt werden; die Mittel hierzu sind von der Gemeinde-vertretung bewilligt. Nach einem vom Tiefbauamt vorgelegten Programm waren auszuwerfen: Für den Neubau der Pumpstation, Pumpanlage, Maschinen, Kessel und Zubehör 163 000 M., Maschinen-gebäude 98 000 M., Brunnen für Kondenswasser 10 000 M., Sand-fang und Rechenanlage 100 000 M., Betriebsräume 80 000 M., Druckrohrleitung nach dem Rieselfeld 300 000 M., Vorflut-graben 150 000 M., insgesamt 901 900 M. Für Schmutz-wasserkanäle sind in Anlay gebracht 620 000 M., für Regenwasserkanäle 270 000 M. Im ganzen werden 1 800 000 M. im Jahre 1909 für Kanalisationsarbeiten verausgabt. In erster Linie ist der alte Ortsteil bedacht worden, der nach den Bestimmungen des Eingemeindungsvertrages schon längst kanalisiert sein sollte. Der Ankauf eines neuen Rieselgeländes und die Vorarbeiten des Projektes, die Verhandlungen mit den Interessenten der verschiedenen Ortsteile, die mit der Verlegung des Druckrohrs berührt werden, haben den Ausbau der Kanalisation im alten Ortsteil verzögert. Die Arbeiten werden jetzt so gefördert, daß bereits am 1. Juli das alte Rieselfeld aufgegeben wird und von da ab nach dem Rieselgute Wirkholz gepumpt wird.

Reinickendorf-West.

In der Mitgliederversammlung erstattete der Genosse Henschel den Bericht von der außerordentlichen Kreis-Generalsversammlung. Sodann wurden vom Vorstände die neuen Agitationsbezirke mit-geleitet. Die Versammlung lehnte jedoch die angebotenen Orte wegen allzu großer Entfernung und zu schlechter Straßenbindung ab; es wurde dem Vorstände anheim gegeben, dahin zu wirken, daß dem Wahlverein günstiger gelegene Orte zugeleitet werden. Das Stiftungsfest des Wahlvereins soll am 11. Juli in Gördes Wald-schlößchen gefeiert werden.

Zegel.

Verhaftet wurde am 2. Feiertag ein junger Mann, der sich auf dem Bahnhofsloketz zu schaffen machte. Dort befinden sich die Klosetts für beide Geschlechter, nur durch eine Bretterwand getrennt, nebeneinander. Jemand ein Wüstling hat in die Bretterwand in Stichhöhe mit dem Messer ein Loch in Größe eines mittleren Apfels ge-schnitten, um so die Bewegungen des weiblichen Publikums genau beobachten zu können. Bei einer solchen Beobachtung wurde der junge Mann abgefaßt.

Wie mitgeteilt wird, soll dieses ominöse Guckloch bereits im Vorjahre vorhanden gewesen sein, auch die Bahnverwaltung soll schon darauf aufmerksam gemacht worden sein, ohne daß Abhilfe erfolgt wäre.

Vorligwalde-Wittenau.

Die letzte Gemeindevorstellung genehmigte die neue Fassung des § 8 des Statuts des Kanalisationsverbandes Reinickendorf-Wittenau. Die Uebnahme von Kosten für Inlässe und Schäden, welche durch die Hülfeleistungen der Berliner Feuerwehr entstehen, wurde gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt. Dem Vorligwalder und Wittenauer Lokalanzeiger wurde die Ent-schädigung von 100 M. für amtliche Bekanntmachungen auf 300 M. erhöht; bei Veröffentlichung von Statuten wird 5 Pf. pro Zeile extra bezahlt, diese Abmachung gilt ein Jahr. Genosse Adam regte an, ein amtliches Publikationsorgan für sämtliche Vororte von Berlin in eigener Regie zu schaffen, da die Arbeiter das genannte Blatt nicht lesen und der „Vorwärts“ als amtliches Organ nicht anerkannt würde. Als stellvertretender Schiedsmann wurde Herr Albert Witte wiedergewählt. Auf Antrag des Herrn Dr. Wisch, wurde das Honorar für die Armenarzstelle in Vorlig-walde von 150 auf 200 M. erhöht. Für die Anfertigung von Spezialentwürfen zum Rathausbau wurden 10 000 M. bewilligt. Die Profitrate von der Zegel-Friedrichsfelder Industriebahn hat sich als eine Zufuhrkrate entpuppt; die Gemeinde Wittenau zahlt für dieses Jahr 1402,78 M. im Interesse der Industriebahn und Grundstüch-inhabern von den allgemeinen Steuererträgen. Den Strömern in Wiesenthal wurde die Lieferung der Zementrohre zur Regenwasser-

kanalisation in der Hauptstraße zum Preise von 68 000 M. über-tragen. Bei der Vergabe der Kanalisationsarbeiten für die Haupt-straße kamen die Firmen B. Fiedlig-Berlin mit 78 000 M. und Goodson mit 73 000 M. in Frage. Der Einwand, daß die Firma Goodson nicht ge-nügende Arbeitskräfte zur Verfügung hätte, wurde von unseren Genossen mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit widerlegt. Mit 6 gegen 3 Stimmen erhielt die Firma Goodson den Zuschlag, nachdem der Vorsitzende seine Stimme für diese Firma abgab. Sollte die Arbeit betragsmäßig nicht fertig werden, so ist eine Konventionalstrafe von 2 Proz. vom Objekt pro Woche festgesetzt.

In geheimer Sitzung, welche sich um Grundbesitzfragen be-schäftigte, wurden sämtliche vom Gemeindevorsteher zum Ankauf befristeten Grundstücke zum Preise von 300 000 M. abgelehnt. Eine sonderbare Praxis scheint in den hiesigen Schulen vorzuherrschen. So wurde mitgeteilt, daß ein von Berlin hier eingeschalteter Knabe trotz seiner Fähigkeiten der zweiten Klasse zugeteilt wurde, weil er den nötigen Bildungsgrad in Religion nicht nachweisen konnte. Einem anderen war erklärt worden, er bekomme vermöge seiner Ver-fähigung eine gute Genjur, aber wenn man gewußt hätte, daß er die Mädchenbücher von der Vorwärts-Buchhandlung lieh, wäre die Genjur anders ausgefallen. Eine Untersuchung und eventuelle Ab-änderung solcher Vorkommnisse wurde zugesagt.

Dranienburg.

Amtsrichter Dr. Heinrich, bekannt aus dem Prozeß gegen den Referendar v. Igel, in welchem der Amtsrichter als Zeuge über die nützliche Unschärfe in Dranienburg sich äußerte, und sich dadurch in Widerspruch zu den Bewohnern des Ortes setzte, ist als Landrichter nach Rassel versetzt worden.

Spandau.

In dem Stadtverordnetenbericht am Pfingstsonntag war unter anderem mitgeteilt, daß die ehemaligen Restaurateure Matthias, Zahler und Jhalig warm für ihren Kollegen Selig eintraten, um die vom Magistrat verlangten 1000 M. als Abstandssumme auf 500 M. herabzusetzen. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Stadt-verordnete Matthias noch Kantinenwirt auf dem Neubau des Johannisstiftes.

Gerichts-Zeitung.

Ein Besuch bei einem impulsiven Gemeindefunktor

hat einer Frau D. eine Anklage wegen Hausfriedens-bruchs, einfacher Beleidigung und verleumde-rischer Beleidigung eingebracht. Ein zwölfjähriger Sohn von ihr besuchte die 109. Gemeindefschule (Zister Straße), die vom Rektor Sonntag geleitet wird. Da der Junge schwache Augen hat, so empfanden Frau D. und ihr Gatte es als lästig, daß die Schule von den Kindern neben den üblichen Haus-aufgaben noch ein gewisses Quantum häuslicher Lektüre forderte. Der Wunsch der Eltern, daß ihrem Sohne in diesem Punkte nicht mehr zugemutet werden möge, als er mit seinen Augen leisten könne, gab dem Herrn Rektor Veran-laffung, von ihnen die Vorlegung eines ärztlichen Attestes zu verlangen. Der Junge war schon früher vom Schularzt wegen geringer Sehschärfe als schonungsbedürftig bezeichnet worden, und in den Händen des Rektors befand sich der sogenannte Lieber-wachungsbüchlein, den der Schularzt für den Jungen ausgestellt hatte. Herr Sonntag forderte jetzt erneute Untersuchung, doch unterließ er es, den Lieberwachungsbüchlein herauszugeben. Der Schularzt aber weigerte sich, ohne nothmögliche Einsichtnahme in jenen Schein die Untersuchung auszuführen. So sah Frau D. sich ge-nötigt, den Rektor am 5. Januar in persönlicher Unterredung um den Schein zu bitten. Im Anschluß an diesen Besuch spielte sich ein Auftritt ab, über den Frau D. dann an die Schuldeputation berichtet zu sollen meinte. Auf ihre Eingabe, die zugleich um Umschulung des Jungen bat, wurde von der Schul-deputation mit einem Strafantrag geantwortet — mit einem Strafantrag nicht gegen den Rektor, versteht sich, sondern gegen die Mutter.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (131. Abteilung), das am Mittwoch über die Sache zu urteilen hatte, hielt die An-geklagte ihre den Rektor schwer belastende Darstellung in allem aufrecht. Rektor Sonntag habe im Amtszimmer sie empfangen mit der Frage, ob sie nun vernünftig geworden sei und ihrem Jungen nicht mehr das Lesen verbieten wolle. Sie habe dann dem Rektor vorgehalten, daß er zu ihrem Sohne aus Anlaß dieses Streites allerlei ungehörige Redensarten über ihn und auch über sie selber gemacht habe. Da habe der Rektor sie plötzlich am Arm gepackt, habe kräftig zugegriffen und sie hinaus-geworfen. Als sie auf der Treppe rief, sie werde ihn anzeigen, sei er hinter ihr her gelaufen und habe ihr von hinten mit der Faust einen Schlag gegeben, so daß sich bei ihr in der Nierengegend Schmerzen eingestellt. Darauf habe sie gerufen: „Pfiu, Herr Rektor, Sie wollen Rektor einer Gemeindefschule sein und schlagen eine Frau!“ Die Schuldeputation hatte gegen die sich beschwerende Frau D. vermuthlich deshalb Strafantrag gestellt, weil Rektor Sonntag, zur Gegenüberholung aufgefordert, die von Frau D. gegebene Darstellung bestritt. Das tat er auch vor Gericht, wo er als Zeuge gegen sie aufzutreten hatte. Er erzählte, er habe die sehr aufgeregte Frau schließlich hinaus-weisen müssen, sie sei nur zögernd und erst nach wiederholter Auf-forderung gegangen, draußen habe sie noch geschimpft und gedroht. Er selber habe sie „möglichstweise beruhigt“, um seine Aufforderung zu unterstellen, aber geflissentlich über geschlagen habe er nicht. Als der Vorsitzende forschte, ob Frau D. ohne sein Wissen einen Stoß — und vielleicht nicht durch ihn, sondern durch die Tür — bekommen haben könne, erklärte S. wieder: „Es ist möglich, daß ich sie berührt habe“. Auf die Frage nach dem Zweck solcher „Berührung“ antwortete er: „Das ist ganz impulsiv, daß man eine Körperbewegung ausführt, um jemand hinauszu bringen? Rechtsanwalt James Fried-länder, der die Angeklagte verteidigte, hielt dem Herrn Rektor vor, daß er dem Jungen in Gegenwart von Mitschülern gesagt habe, die Eltern sollten lieber auf den Ruchunterricht verzichten, den sie ihm geben ließen, er werde es ja doch nur dazu bringen, daß er in Kneipen für Bier und Schnaps spiele. S. bestritt das. Ueber den Auftritt mit Frau D. soll, so sagte sie vor Gericht, in einer Klasse unter den Kindern erzählt worden sein, der Rektor habe eine Frau geküßt. Der Verteidiger wünschte die Namen der beiden Schüler zu wissen, die dem Auftritt zugehört haben sollen. Rektor S. ver-sicherte, er kenne sie nicht, er habe keinen bemerkt. Der Schuldiener Witte bekundete noch, Frau D. habe geschimpft: „Pfiu, das will ein Gemeindevorsteher sein, der muß gekußt werden!“ Des Schuldieners Gattin sagte aus, sie habe gehört: „Pfiu, das ist gemein, der will Rektor sein!“

Der Staatsanwalt fand alles erwiesen: Hausfriedens-bruch, Beleidigung durch Schimpfen, Verleumdung durch die Be-schwerde, daß S. geküßt und geschlagen habe. Er beantragte Geldstrafen von zusammen 100 Mark. Der Verteidiger sah Hausfriedensbruch und Verleumdung als nicht erwiesen an. Frau D. sei auf des Rektors Aufforderung gegangen, wenn auch zögernd. Ihn im Schulhause aufzufuchen, sei sie berechtigt gewesen. Daß er sie in der von ihr behaupteten Weise angegriffen habe, das habe sie mindestens geglaubt. Auch habe ja er selber es für möglich erklärt, daß er sie irgendwie berührt habe. Mit der Eingabe habe

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni vormittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

21. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Verkäufe. Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Gardinenhaus. Bannernriegel. Zepplische (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hadericher Markt 4, Bahnhofstraße. 264/11*

Wägen wie im Möbelgeschäft! Wollen Sie eine Einrichtung oder einzelne Möbelstücke per Stück kaufen, so muß man Vorfrühererstraße 26 hingehen (Schönhauserort): Komplette Einrichtung mit moderner Küche, gefolgt 400, jetzt 250, bessere 325, 400-450 bis 900, sonst bedeutend mehr! Kleiderkäufe, Garnituren, Säulentrumeaus, Plüschsofas, Lederstühle, viele Kleiderstücke, Verisilos, Bettstellen, moderne Stühle, Gipselounges! Vorfrühererstraße 26, Schönhauser Tor. 28195*

Musik. Musikunterricht (neue, doppelt so schnelle Methode bis zur Vollenbung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des "Vorwärts".

Arbeitsmarkt. Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt: für Tischler, Polierer und Malerarbeiten. Arbeitsmarkt. Die Wägenfabrik von S. Gärtner & Co. Markusstr. 50 ist wegen Auspörrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt! Zusatz ist streng fernzuhalten! Deutscher Händlerverein, 102/5 Erdbeerwallung Berlin.